



3. Stadtratsprotokoll / 3^e procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom Mittwoch, 19. Februar 2020, 18.00 Uhr
Séance du mercredi 19 février 2020 à 18h00

Ort: Stadtratssaal in der Burg

Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg

Anwesend / Présents:

Arnold Marc, Arnold Niels, Augsburg-Brom Dana, Bigler Jarno, Bohnenblust Peter, Bord Pascal, Briechle Dennis, Brunner Thomas, Cadetg Leonhard, Clauss Susanne, De Maddalena Daniela, Epper Bettina, Francescutto Luca, Frank Lena, Gerber Andreas, Gonzalez Vidal Bassi Glenda, Grupp Christoph, Gugger Reto, Hamdaoui Mohamed, Heiniger Peter, Helbling Beatrice, Koller Levin, Külling Urs, Leuenberger Bernhard, Loderer Benedikt, Meyer Miro, Molina Franziska, Ogi Pierre, Paronitti Maurice, Pittet Natasha, Rebetez Maurice, Rindlisbacher Hugo, Rochat Julien, Roth Myriam, Scherrer Martin, Scheuss Urs, Schneider Sandra, Schor Alfred, Sprenger Titus, Steinmann Alfred, Stocker Julien, Stolz Joseline, Strässler Thomas, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Torriani Isabelle, Vlaiculescu-Graf Christiane, Wächter Olivier, Wendling Cécile, Widmer Patrick, Wiederkehr Martin, Wiher Max, Zimmermann Erwin, Zumstein Joël

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Gurtner-Oesch Sandra, Meuli Selma, Schneider Veronika

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Stadtpräsident Fehr Erich

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Feurer Beat, Némitz Cédric, Schwickert Barbara, Steidle Silvia

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

-

Vorsitz / Présidence:

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident

Sekretariat / Secrétariat:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Behandelte Geschäfte / Affaires traitées**Seite/Page**

40.	Genehmigung der Traktandenliste.....	86
41.	Mitteilungen Stadtratsbüro	86
42.	Protokollgenehmigung (17. Mai 2018 / Nr. 5).....	87
43.	20190439 Erheblich erklärte Motionen und Postulate – Zweijahresfrist / Fristverlängerung bzw. Abschreibungen gemäss Art. 42 und 43 der Geschäftsordnung des Stadtrates.....	87
	• Präsidialdirektion	87
	• Finanzdirektion	88
	○ Dringliches überparteiliches Postulat 20150314 «Budget früher im Stadtrat traktandieren» und dringliches überparteiliches Postulat 20130402 «Budget früher im Stadtrat traktandieren»	89
	○ Dringliches Postulat 20110280 «Variante AGGLOlacPlus»	90
	○ Überparteiliche Motion 20110340 «Mandatsverwaltung und Stadtratsportal»	90
	○ Postulat 20130237 «Kreative Einnahmenpolitik»	91
	• Ordnungsantrag.....	91
	○ Überparteiliches Postulat 20150261 «Für eine aufgabengerechte Übernahme der indirekten Kosten durch die Abteilungen, welche gemäss kantonalem Recht Leistungen von den zentralen Diensten beziehen»	92
	○ Postulat 20170207 «Wann gibt es in Biel ein zentrales Verwaltungsgebäude?»	93
	○ Dringliche überparteiliche Motion 20170381 «Internes Kontrollsystem für die Stadt Biel»	93
	○ Postulat 20170387 «Kongresshaus: Zuerst Nutzung analysieren/optimieren, dann sanieren»	94
	• Direktion Soziales und Sicherheit.....	95
	○ Postulat 20160277 «Leitlinien für die Mitarbeitenden und für die Erbringung von Dienstleistungen der Dienststelle Einwohner- und Spezialdienste»	95
	○ Postulat 2017053 «Biel soll sich dem europaweiten Netzwerk von Zufluchtsstädten anschliessen»	96
	• Direktion Bildung, Kultur und Sport.....	98
	• Direktion Bau, Energie und Umwelt.....	99
	○ Dringliches Postulat 20040601 «Sanierung des Pförtnerhauses und der öffentlichen Toilette des Stadtparks»	100
	○ Postulat 20070075 «Umweltschutz – neue Strukturen für den Energiebereich»	100
	○ Überparteiliche Motion 20090344 «Langfristige bauliche Lösung für eine sichere Bahnunterführung Madretschstrasse– Mettstrasse».....	101
	○ Überparteiliches Postulat 20160211 «vfm Ostast: mit provisorischen Massnahmen die Vorgaben erfüllen?».....	102
	○ Postulat 20170162 «Autofreier Bahnhofplatz»	103
	○ Postulat 20170295 «Hand in Hand: Tempo-30- und Begegnungszonen»	103
44.	20180136 Schulhaus Dufour Ost und West / Gesamtanierung.....	105
	• Rückweisungsantrag	105

45.	Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20190424, Wiher Max, GLP, «Sponsoring von Abstimmungsveranstaltungen durch die Stadt Biel?»	114
44.	20180136 Schulhaus Dufour Ost und West / Gesamtsanierung (Fortsetzung).....	114
46.	20190438 Unterbringung von zwei Kindergartenklassen im Alterszentrum Cristal / Mietvertrag und Mieterausbau / Verpflichtungskredit	122
47.	Motion 20190211, Roth Myriam, Grüne, Scheuss Urs, Grüne, «Für eine umweltfreundlichere Werbung im öffentlichen Raum»	124
48.	Postulat 20190213, Roth Myriam, Fraktion Grüne, «Die Benutzung einer nachhaltigen Suchmaschine bei der Stadtverwaltung Biel fördern»	128
49.	Motion 20190212, Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Leistungsverträge zeitlich begrenzen!»	130

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Ich begrüsse Sie zur Sitzung und danke Herrn Michel, Leiter IUL, und seinen Mitarbeitenden dafür, dass sie die Ratsmitglieder heute und morgen bei der Einrichtung und Nutzung der neuen Mailadresse bzw. des neuen WLAN-Zugangs unterstützen. Ich begrüsse Frau Wiesendanger, die als stellvertretende Ratssekretärin heute zum ersten Mal an der Stadtratssitzung teilnimmt.

Auf Ihren Tischen liegen folgende Unterlagen:

- Rückweisungsantrag der Fraktion FDP/PRR zum Traktandum 5 / 20180136 Schulhaus Dufour Ost und West / Gesamtсанierung / Bericht und Botschaft
- Die von der SVP ausgearbeiteten Gegenargumente für die Botschaft zum gleichen Geschäft
- Zeitschrift «Vision 2035», Nr. 32

40. Genehmigung der Traktandenliste

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

41. Mitteilungen Stadtratsbüro

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Bis am 22. Februar 2020 sollte jedes Ratsmitglied seine neue Mailadresse einrichten, denn ab diesem Zeitpunkt wird nur noch diese bedient. Die alte Adresse bleibt noch eine Weile aktiv, die Mails auf diesem Konto müssen jedoch übertragen bzw. neu abgespeichert werden. Es ist nicht möglich, Umleitungen zu machen. Das Ratssekretariat kann beim Zurücksetzen der Passwörter helfen.

An einer Sitzung der Fraktionspräsidiumskonferenz mit den Präsidentinnen der Geschäftsprüfungskommission (GPK) und der Spezialkommission «Totalrevision Stadtordnung» (RSO) sowie dem Stadtpräsidenten wurde beschlossen, am 25. Februar 2020 einen «Runden Tisch Finanzen» durchzuführen. Dieser wird durch den Gemeinderat organisiert und geleitet. Ziel des runden Tisches ist es, die diversen Anträge zur Kompetenzordnung zu reduzieren und die Möglichkeit eines mehrheitsfähigen Kompromisses auszuloten. Am 27. Februar 2020 tagt die Ad-hoc-Kommission unter der Leitung der Präsidentinnen der GPK und der RSO, um die restlichen Anträge zu den Schnittstellen zwischen Gemeinderat und Stadtrat zu einem mehrheitsfähigen Kompromiss zusammenzufassen. Ich behalte mir vor, die Behandlung der Stadtordnung noch einmal zu vertagen, falls die Kompromissfindung nicht gelingt. Die weitere Beratung des Geschäfts sieht somit wie folgt aus: erste Lesung im März 2020 (Doppelsitzung), April 2020 (einfache Sitzung) und vielleicht sogar Mai 2020 (Doppelsitzung). Im Mai wird uns aber vor allem AGGLOlac beschäftigen, da die Volksabstimmung dazu bereits im Juni stattfindet. Wir müssen deshalb speditiv arbeiten, damit die Vorstösse nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden müssen.

42. Protokollgenehmigung (17. Mai 2018 / Nr. 5)

Das Protokoll Nr. 5 wird vom Rat stillschweigend genehmigt.

43. 20190439 Erheblich erklärte Motionen und Postulate – Zweijahresfrist / Fristverlängerung bzw. Abschreibungen gemäss Art. 42 und 43 der Geschäftsordnung des Stadtrates

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Ich werde die einzelnen Vorstösse nacheinander aufzählen, bis sich ein Mitglied äussern möchte. Am Schluss wird zuerst über die abweichenden Anträge abgestimmt. Vorstösse, bei denen dem Antrag des Gemeinderats gefolgt wird, werden gesammelt pro Direktion zur Abstimmung gebracht.

Der Stadtrat ist mit diesem Vorgehen **stillschweigend einverstanden**.

Präsidialdirektion

1. Überparteiliche Motion 20100305, Marc Arnold, Pascal Fischer, Nathan Güntensperger / Fristverlängerung
2. Postulat 20110313, Andreas Bösch / Fristverlängerung
3. Überparteiliches Postulat 20140271, Urs Käzig, Simon Bohnenblust, Christian Löffel, Niklaus Baltzer / Fristverlängerung
4. Dringliches Postulat 20140325, Ruth Tennenbaum / Fristverlängerung
5. Postulat 20150182, Lena Frank / Fristverlängerung
6. Überparteiliches Postulat 20150257, Max Wiher, Stefan Kaufmann, Andreas Sutter / Fristverlängerung
7. Überparteiliches Postulat 20150303, Chantal Donzé, Andreas Sutter, Dennis Briechle, Ruth Tennenbaum, Maurice Paronitti, Hervé Treu, Mohamed Hamdaoui, Chantal Donzé / Abschreibung
8. Motion 20150339, GPK / Fristverlängerung
9. Postulat 20150340, Urs Käzig / Fristverlängerung
10. Dringliches Postulat 20170343, Peter Bohnenblust / Fristverlängerung
11. Dringliches überparteiliches Postulat 20170382, Urs Scheuss, Alfred Steinmann, Glenda Gonzalez, Judith Schmid, Ruth Tennenbaum, Max Wiher / Fristverlängerung
12. Dringliches überparteiliches Postulat 20180064, Dana Augsburg-Brom, Max Wiher, Stefan Kaufmann, Maurice Rebetez, Pascal Bord, Ruth Tennenbaum, Reto Gugger / Abschreibung

Das Wort wird nicht verlangt.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme des Berichts des Gemeinderates vom 18. Dezember 2019, gestützt auf Art. 42 Abs. 2 bzw. 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtrates (SGR 151.21):

1. Für die Erfüllung des überparteilichen Vorstosses 20100305, Marc Arnold, SP, Pascal Fischer, Die Eidgenossen, Nathan Güntensperger, GLP, «Strandbad Biel: Erhaltung und Ausbau des Strandbades zum vollwertigen Familien- und Schulbad» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2022 gewährt.
2. Für die Erfüllung des Postulates 20110313, Andreas Bösch, Grüne, «Zustimmende oder ablehnende Kenntnisnahme durch den Stadtrat» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2021 gewährt.
3. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulates 20140271, Urs Känzig, Grüne, Simon Bohnenblust, GLP, Christian Löffel, EVP, Niklaus Baltzer, SP, «Energiewende – Biel hilft mit!» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2021 gewährt.
4. Für die Erfüllung des dringlichen Postulates 20140325, Ruth Tennenbaum, Passerelle, «Für eine zeitgemässe Organisation der Sozialbehörde» wird eine Fristverlängerung bis Ende August 2021 gewährt.
5. Für die Erfüllung des Postulates 20150182, Lena Frank, Grüne, «Schaffung eines Antragsrechts für Ausländerinnen und Ausländer» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2021 gewährt.
6. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulates 20150257, Max Wiher, Fraktion GLP, Stefan Kaufmann, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU, Andreas Sutter, Fraktion BVP/CVP/BDP, «Effizientere Parlamentsdebatten» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2021 gewährt.
7. Das überparteiliche Postulat 20150303, Chantal Donzé, CVP, Andreas Sutter, BVP, Dennis Briechle, GLP, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Maurice Paronitti, PRR, Hervé Treu, PSR, Mohamed Hamdaoui, PSR, «Aus Biel einen Tourismusstandort für Schüler und Familien machen» wird als erfüllt abgeschrieben.
8. Für die Erfüllung der Motion 20150339, GPK, «Abschreibung von Motionen und Postulaten» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2021 gewährt.
9. Für die Erfüllung des Postulates 20150340, Urs Känzig, Grüne, «Integration der Schlüsselstellen des überkommunalen Velo-Netzes in die Autobahn A5-Westast-Planung und -Realisierung sicherstellen» wird eine Fristverlängerung bis Ende August 2021 gewährt.
10. Für die Erfüllung des dringlichen Postulates 20170343, Peter Bohnenblust, FDP, «Fakten-Check für Vorschlag A5 «Westast so besser»» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2021 gewährt.
11. Für die Erfüllung des dringlichen überparteilichen Postulates 20170382, Urs Scheuss, Grüne, Alfred Steinmann, SP, Glenda Gonzalez, PSR, Judith Schmid, PdA, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Max Wiher, GLP, «"Westast so besser" mit Ausführungsprojekt "Westumfahrung Biel" auf gleicher Stufe vergleichen» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2021 gewährt.
12. Das dringliche überparteiliche Postulat 20180064, Dana Augsburger-Brom, SP, Max Wiher, GLP, Stefan Kaufmann, FDP, Maurice Rebetez, PSR, Pascal Bord, PRR, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Reto Gugger, BDP, «Go Eisplanade! – Biel unterstützt weitere Austragungen» wird als erfüllt abgeschrieben.

Finanzdirektion

1. Dringliches Postulat 20110280, Max Wiher / Fristverlängerung
2. Überparteiliche Motion 20110340, Nathan Güntensperger, Cédric Némitz, Pierre-Yves Grivel, Claire Magnin / Abschreibung

3. Postulat 20130237, Werner Hadorn, Daniel Hügli / Fristverlängerung
4. Überparteiliches Postulat 20130273, Nathan Güntensperger, Stefan Kaufmann / Abschreibung
5. Postulat 20130316, Joël Haueter / Fristverlängerung
6. Dringliches überparteiliches Postulat 20130402, Peter Bohnenblust, Nathan Güntensperger, Heidi Stöckli Schwarzen, Andreas Sutter / Fristverlängerung
7. Überparteiliches Postulat 20150261, Pascal Bord, Reto Gugger, Leonhard Cadetg, Nathan Güntensperger / Fristverlängerung
8. Dringliches überparteiliches Postulat 20150314, Peter Bohnenblust, Nathan Güntensperger, Andreas Sutter, Adrian Dillier / Fristverlängerung
9. Überparteiliches Postulat 20170207, Roland Gurtner, Andreas Sutter, Pascal Bord, Max Wiher, Christoph Grupp, Glenda Gonzalez / Fristverlängerung
10. Dringliche überparteiliche Motion 20170381, Urs Scheuss, Dana Augsburg-Brom, Judith Schmid, Ruth Tennenbaum, Glenda Gonzalez / Fristverlängerung
11. Überparteiliches Postulat 20170387, Sandra Gurtner-Oesch, Natasha Pittet, Salome Strobel, Reto Gugger, Leonhard Cadetg / Fristverlängerung

Dringliches überparteiliches Postulat 20150314 «Budget früher im Stadtrat traktandieren» und dringliches überparteiliches Postulat 20130402 «Budget früher im Stadtrat traktandieren»

Gonzalez Glenda, au nom de la Commission de gestion: La Commission de gestion (CDG) a pris connaissance des reports concernant la direction des finances. Mon intervention concerne le postulat 20150314 qui demande au Conseil municipal d'examiner la possibilité de soumettre le budget plus tôt au Conseil de ville. Dans sa réponse, le Conseil municipal mentionne qu'une nouvelle procédure permettant d'atteindre cet objectif sera évaluée. La CDG demande à ce que le Conseil municipal se penche sur cette affaire et informe suffisamment tôt le Conseil de ville des conséquences et changements qu'induirait cette nouvelle procédure de présentation du budget, afin de lui laisser le temps de s'organiser.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Die GPK stellt keinen Antrag, sondern eine Frage.

Steidle Silvia, directrice des finances: Effectivement, la Direction des finances a testé ce nouveau processus budgétaire pour 2020. Nous planifions déjà de réitérer l'exercice en 2020 pour le budget 2021, afin de consolider la procédure. Le Conseil municipal demande une prolongation de délai qui permettra précisément aussi, avec la nouvelle législature, d'informer le Conseil de ville suffisamment tôt des changements afin qu'il puisse s'organiser en conséquence.

Bohnenblust Peter, FDP: Betreffend das dringliche überparteiliche Postulat 20130402 und das dringliche überparteiliche Postulat 20150314 könnte ich ironischerweise dafür danken, dass eine Fristverlängerung von nur einem Jahr vorgeschlagen wird. Denn gerade der erste Vorstoss aus dem Jahr 2013 wird nun zum x-ten Mal verschoben. Weitere Vorstösse werden wohl kaum Sinn ergeben, denn wenn der Gemeinderat nicht will, dann will er nicht. Da der neue Budgetprozess schon angelaufen ist, möchte ich einfach erneut nachfragen: Weshalb ist es nicht schon 2020 möglich, das Budget im September vorzulegen? So hätte der Stadtrat die Möglichkeit, allenfalls noch eine

zweite Lesung zu machen, ohne dass das Ratssekretariat unter einen allzu grossen Zeitdruck gerät. Und können wir zumindest damit rechnen, dass dies im Jahr 2021 möglich sein wird?

Steidle Silvia, directrice des finances: Je ne peux que répéter ce que je viens de dire. Nous pérennisons ce processus en 2020 et le Conseil municipal demande cette prolongation de délai afin de pouvoir informer à temps le Conseil de ville.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und auch keinen Antrag. Ich fordere die Ratsmitglieder auf, sich per Handheben zu melden, falls sie zu irgendeinem Punkt der Geschäfte der Finanzdirektion das Wort ergreifen möchten. (*Zahlreiche Mitglieder erheben die Hand.*) Ich werde also doch alle Punkte einzeln abfragen müssen, die Anträge aufnehmen und über diese abstimmen lassen.

Dringliches Postulat 20110280 «Variante AGGLOlacPlus»

Wiher Max, GLP: Der Punkt 2 des Postulats (*«Die Wiese zwischen dem Strandbad und dem Verbindungsweg Peniche–Lago Lodge soll nicht überbaut werden»*) soll gemäss Antrag des Gemeinderats erheblich erklärt werden. Inzwischen wissen wir aber, dass mit dem Projekt AGGLOlac 50% dieser Fläche verbaut werden sollen. Trotzdem schreibt der Gemeinderat, dass dem Anliegen des Postulanten so weit als möglich Rechnung getragen wird. Ich nehme das zur Kenntnis und mache keinen Antrag, möchte es aber zu Protokoll geben.

Steidle Silvia, directrice des finances: Je consulte le Maire car vous détenez des informations que nous n'avons pas. Je pense qu'elles sont erronées et je vous propose de vraiment regarder le projet AGGLOlac lorsqu'il sera présenté.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Mit grosser Sicherheit werden wir im nächsten Mai wieder auf dieses Thema zurückkommen.

Überparteiliche Motion 20110340 «Mandatsverwaltung und Stadratsportal»

Briechele Dennis, GLP: Die Motion wurde 2011 eingereicht und alle vier Motionäre sind seither aus dem Rat ausgeschieden. Wie so viele andere hat auch dieser Vorstoss zur Mandatsverwaltung und zum Stadratsportal einige Jährchen auf dem Buckel und ist nicht zum ersten Mal unter den Fristverlängerungen traktandiert. Vor zwei Jahren stellte der Gemeinderat bereits den Antrag, die Motion als erfüllt abzuschreiben. Damals mit der Begründung, dass *«der Abschluss der Arbeiten und damit verbunden die Übergabe der Lösung an das Parlament per Ende des zweiten Quartals oder Anfang des dritten Quartals 2018»* geplant sei. Der Stadtrat sprach sich gegen eine Abschreibung aus, ganz offensichtlich in weiser Voraussicht: Wir schreiben jetzt das erste Quartal 2020, und der Grossteil der Mitglieder des Stadtrats verfügt nach wie vor nicht über einen Zugriff auf das Stadratsportal. Die Situation präsentiert sich wiederum gleich – Versprechen für eine nahe Zukunft, aber keine vollendete Umsetzung. Deshalb **beantragt die GLP eine Fristverlängerung bis Februar 2021.**

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Da es keine weiteren Voten gibt und sich auch die Gemeinderätin nicht dazu äussern möchte, kommen wir zum nächsten Vorstoss.

Die Abstimmung erfolgt anschliessend gesamthaft zu allen Geschäften der Finanzdirektion. Ich werde die Anträge entsprechend zusammenfassen.

Postulat 20130237 «Kreative Einnahmenpolitik»

Clauss Susanne, SP: Nur eine kurze Anmerkung an dieser Stelle, da wir bei der Besprechung meiner dringlichen Motion 20190373 unter Traktandum 9 detaillierter auf das Anliegen eingehen werden. Ich habe mit Erstaunen festgestellt, dass der gleiche Antrag sage und schreibe im Jahr 2014 gestellt wurde und nun wieder eine Verlängerung für dessen Erfüllung beantragt wird. Auch mein Antrag wird nicht termingerecht erfüllt werden. Ich bin ein bisschen irritiert.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Es gibt also keinen Antrag zum Vorstoss, aber Dennis Briechle möchte einen Ordnungsantrag stellen.

Ordnungsantrag

Briechle Dennis, GLP: Ich beantrage, dass wir bei jedem Vorstoss gleich nach der Diskussion über die Anträge abstimmen. Andernfalls besteht die Gefahr, dass uns am Ende der Debatte die einzelnen Argumente nicht mehr gegenwärtig sind.

Abstimmung

- über den Ordnungsantrag

Der Ordnungsantrag wird gutgeheissen.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Wir schreiten gemäss Ordnungsantrag zur Abstimmung über die bisher behandelten Vorstösse ihrer Reihenfolge nach.

(Dennis Briechle bedeutet dem Stadtratspräsidenten, dass gemäss seinem Antrag nur über die nicht unbestrittenen Geschäfte sofort abgestimmt werden soll, weshalb der Präsident zur Abstimmung über die überparteiliche Motion 20110340 überleitet.)

Abstimmung

- über den Antrag von Herrn Briechle, die Motion 20110340 nicht als erfüllt abzuschreiben und deren Frist bis Februar 2021 zu verlängern

Der Antrag wird abgelehnt.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, aber Gemeinderätin Steidle wünscht das Wort.

Steidle Silvia, directrice des finances: J'aimerais répondre à Madame Clauss afin, j'espère, qu'elle soit moins irritée. Il serait aussi possible de radier du rôle le postulat 20130237. Le Conseil municipal voit la tâche d'optimisation des ressources comme un élément qui perdure dans le temps et la proposition de prolonger le délai de réalisation

découle de cela. La tâche du Conseil municipal consiste à optimiser les ressources constamment et je peux vous assurer qu'on le fait. Des groupes de travail sont mis en place périodiquement, et on s'inspire aussi d'autres communes afin d'optimiser les rentrées fiscales pour Bienne quand cela fait sens. Le Conseil municipal vous entend et pense qu'il serait peut-être plus honnête de suivre votre proposition et de radier ce postulat du rôle.

Suter Daniel, PRR: En prenant connaissance de la réponse du Conseil municipal, il me semblait qu'on pouvait radier cet objet du rôle car il s'agit d'une tâche constante et permanente. Dans les circonstances, et si Madame Steidle confirme qu'il est possible de le radier du rôle, je **propose** de suivre son avis et **de radier ce postulat du rôle** plutôt que de prolonger le délai ad vitam æternam.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Es gibt also einen Antrag von Herrn Suter zur Abschreibung des Postulats 20130237.

Augsburger-Brom Dana, SP: Ich würde es begrüßen, wenn wir über diese Geschäfte nicht diskutieren, sondern nur das Wort ergreifen, um einen Antrag zu stellen.

Koller Levin, JUSO: Ich plädiere dafür, das Postulat nicht abzuschreiben, da es nicht umgesetzt wurde. Es geht nicht darum, die Finanzen zu optimieren, sondern darum, eine Liste von neuen Einnahmequellen zu erstellen. Da uns aber bisher noch keine solche Liste vorgelegt wurde, muss auch das Postulat aufrechterhalten werden in der Hoffnung, bald über eine solche Liste zu verfügen.

Steidle Silvia, directrice des finances: Il est vrai qu'à l'époque et dans le cadre du débat NHS, l'idée d'une telle liste avait du sens. Des listes d'optimisation avaient été faites, mais je me demande si c'est une bonne idée de vous soumettre des listes aujourd'hui. En effet, chaque liste sera combattue par celui qui verra un risque de devoir payer plus. Finalement, on a également remarqué, dans le travail mené avec d'autres directions, qu'il faut parfois arrêter d'optimiser et négocier pour chercher des solutions ailleurs. Il est parfois préférable de se baser sur la bonne pratique pour arriver à de meilleurs résultats. À mon avis, une liste comme à l'époque serait plutôt contre-productive.

Abstimmung

- über den Antrag von Herrn Suter, das Postulat 20130237 abzuschreiben

Der Antrag wird abgelehnt.

Überparteiliches Postulat 20150261 «Für eine aufgabengerechte Übernahme der indirekten Kosten durch die Abteilungen, welche gemäss kantonalem Recht Leistungen von den zentralen Diensten beziehen»

Arnold Niels, Fraktion GLP+: Das überparteiliche Postulat verlangt, dass der Gemeinderat prüft, wie die indirekten Kosten pro Bereich korrekt ausgewiesen werden können. Unter anderem handelt es sich um Gelder, die beispielsweise im Rahmen der Lastenverteilung zurückgefordert werden könnten. Das Postulat wurde 2016

überwiesen, und der Gemeinderat schlägt eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2022 vor. Angesichts der Tatsache, dass es sich um die Umsetzung von geltendem Recht handelt, beantragt die Fraktion GLP+ jedoch **eine Fristverlängerung von nur einem Jahr, also bis Ende Februar 2021.**

Abstimmung

- über den Antrag von Herrn Arnold, die Frist für das Postulat 20150261 bis Ende Februar 2021 zu verlängern

Der Antrag wird abgelehnt.

Postulat 20170207 «Wann gibt es in Biel ein zentrales Verwaltungsgebäude?»

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Sie erinnern sich sicher, dass in den letzten Monaten dem Stadtrat immer wieder versprochen wurde, dass bald konkretere Massnahmen zur Diskussion vorgelegt würden. Eine zweijährige Fristverlängerung leuchtet deshalb nicht ein und steht gar im Widerspruch zu diesen Aussagen. **Wir beantragen eine einjährige Verlängerung bis Ende Februar 2021.**

Steidle Silvia, directrice des finances: Je comprends votre impatience, Madame Tennenbaum, mais cette intervention doit être mise en rapport avec la motion 20170381, «Système de contrôle interne pour la Ville de Bienne», qui suit.

Nous menons actuellement une réflexion interdirectionnelle sous la présidence du maire dont font partie le responsable du Département des immeubles, le responsable du Département des constructions ainsi que le responsable du Marketing. Il s'agit d'un groupe de travail qui étudie les besoins en rapport avec la tour du Palais des Congrès, le futur bâtiment administratif centralisé et le bâtiment du Service social, mais aussi avec d'autres locaux que je ne vais pas énumérer ce soir. Cette vision globale nécessite que le délai de réponse soit prolongé jusqu'en février 2022.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Ich ziehe den Antrag zurück.

Dringliche überparteiliche Motion 20170381 «Internes Kontrollsystem für die Stadt Biel»

Scheuss Urs, Grüne: Der Beschlussentwurf und der Bericht des Gemeinderats müssen korrigiert werden: Es handelt sich bei diesem Vorstoss nicht um ein Postulat, sondern um eine Motion. Er wurde im Rat als Motion behandelt und überwiesen, nachdem ein Rechtsgutachten zur Frage, ob der Vorstoss als Motion oder als Postulat zulässig ist, eingeholt werden musste.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Da es um die Richtigstellung eines Faktums geht, muss nicht darüber abgestimmt werden. Es ist darauf zu achten, dass der Vorstoss bei der nächsten Behandlung dann auch wirklich als Motion aufgeführt wird.

Steidle Silvia, directrice des finances: Je précise que la version française est correcte. L'intervention parlementaire y figure comme motion et non comme postulat.

Postulat 20170387 «Kongresshaus: Zuerst Nutzung analysieren/optimieren, dann sanieren»

Pittet Natasha, PRR: J'ai uniquement une question à poser au Conseil municipal. Une réponse partielle a été déjà donné par Madame Steidle. Toutefois, je souhaiterais savoir de qui ce groupe est constitué et sous quelle forme il est organisé. Il s'agit d'une question importante sur laquelle le Conseil de ville apprécierait d'être mis au courant.

Steidle Silvia, directrice des finances: Il s'agit d'un groupe présidé par le maire. Y sont représentés le responsable du Département des immeubles, le responsable du Département des constructions ainsi que le responsable du Marketing. Ce groupe fonctionne et il siège fréquemment. Le Conseil municipal reçoit régulièrement des rapports et délais qui sont définis par ce groupe.

Der Antrag des Gemeinderates wird vom Stadtrat nicht bestritten.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 18. Dezember 2019 betreffend «Erheblich erklärte Motionen und Postulate – Zweijahresfrist (Finanzdirektion)» und gestützt auf Art. 42 Abs. 2 und Art. 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 11. Dezember 1996 (SGR 151.21):

1. Für die Erfüllung des dringlichen Postulats 20110280, Max Wiher, GLP, «Variante AGGLOlacPlus» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2021 gewährt.
2. Die überparteiliche Motion 20110340, Nathan Güntensperger, GLP, Cédric Némitz, PSR/SP, Pierre-Yves Grivel, PRR/Forum Biel/Bienne, Claire Magnin, Grüne, «Mandatsverwaltung und Stadtratsportal» wird als erfüllt abgeschrieben.
3. Für die Erfüllung des Postulats 20130237, Werner Hadorn und Daniel Hügli, Fraktion SP, «Kreative Einnahmenpolitik» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2022 gewährt.
4. Das überparteiliche Postulat 20130273, Nathan Güntensperger, GLP, Stefan Kaufmann, FDP, «Aufgabenverzicht der Stadt Biel?» wird als erfüllt abgeschrieben.
5. Für die Erfüllung des Postulats 20130316, Joël Haueter, Fraktion SVP/Eidgenossen, «Selbstfinanzierungsgrad und Bruttoverschuldungsanteil» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2021 gewährt.
6. Für die Erfüllung des dringlichen überparteilichen Postulats 20130402, Peter Bohnenblust, FDP, Nathan Güntensperger, GLP, Heidi Stöckli Schwarzen, SP, Andreas Sutter, BVP, «Budget früher im Stadtrat traktandieren» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2021 gewährt.
7. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20150261, Pascal Bord, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, Reto Gugger, Fraktion BVP/CVP/BDP, Leonhard Cadetg, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU, Nathan Güntensperger, Fraktion GLP, «Für eine aufgabengerechte Übernahme der indirekten Kosten durch die Abteilungen, die

gemäss kantonalem Recht Leistungen von den zentralen Diensten beziehen» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2022 gewährt.

8. Für die Erfüllung des dringlichen überparteilichen Postulats 20150314, Peter Bohnenblust, FDP, Nathan Güntensperger, GLP, Andreas Sutter, BVP, Adrian Dillier, SVP, «Budget früher im Stadtrat traktandieren» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2021 gewährt.
9. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20170207, Roland Gurtner, Passerelle, Andreas Sutter, BVP, Pascal Bord, PRR, Max Wiher, GLP, Christoph Grupp, Grüne, Glenda Gonzalez, PSR, «Wann gibt es in Biel ein zentrales Verwaltungsgebäude?» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2022 gewährt.
10. Für die Erfüllung der dringlichen überparteilichen Motion 20170381, Urs Scheuss, Grüne, Dana Augsburger-Brom, SP/JUSO, Judith Schmid, PdA, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Glenda Gonzalez, PSR, «Internes Kontrollsystem für die Stadt Biel» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2021 gewährt.
11. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20170387, Sandra Gurtner-Oesch, GLP, Natasha Pittet, PRR, Salome Strobel, SP, Reto Gugger, BDP, Leonhard Cadetg, FDP, «Kongresshaus: Zuerst Nutzung analysieren/optimieren, dann sanieren» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2022 gewährt.

Direktion Soziales und Sicherheit

1. Motion 20080263, Peter Moser / Fristverlängerung
2. Überparteiliches Postulat 20160277, Ruth Tennenbaum, Christoph Grupp, Dana Augsburger-Brom, Jeremias Ritter / Abschreibung
3. Dringliches Postulat 20170053, Judith Schmid / Abschreibung
4. Motion 20170247, Reto Gugger / Fristverlängerung
5. Dringliche überparteiliche Motion 20170342, Susanne Clauss, Muriel Günther, Fritz Freuler, Ruth Tennenbaum, Judith Schmid / Fristverlängerung

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Seitens der GPK wird das Wort nicht gewünscht.

Postulat 20160277 «Leitlinien für die Mitarbeitenden und für die Erbringung von Dienstleistungen der Dienststelle Einwohner- und Spezialdienste»

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Die Antwort des Gemeinderates fällt nicht grundlegend anders aus als diejenige anlässlich der letzten Fristverlängerung. Dies, obwohl ich damals deutlich gesagt hatte, dass es beim Vorstoss nicht um die Schaffung eines neuen formellen Erlasses geht, sondern darum, insbesondere im Bereich des Personals Prinzipien zur Qualitätsförderung, -sicherung und -entwicklung festzulegen. Es geht also darum, fachliche Instrumente zu erarbeiten, Anforderungsprofile zu überdenken, die Qualifikationskriterien in den Pflichtenheften zu überprüfen und Weiterbildungen, Supervision, Intervision usw. anzubieten. Dazu braucht es keinen Erlass, denn es ist eine Führungs- und Haltungsfrage, wie die Qualität und die Qualifikation der Mitarbeitenden gesichert und weiterentwickelt werden können. Je nachdem braucht es auch zusätzliche, besser bezahlte und damit auch besser qualifizierte Mitarbeitende. Offensichtlich gibt es für die zuständige Direktion keinen Handlungsbedarf mehr, dies macht sie in ihrer Antwort deutlich. Da aber aus Sicht der

Postulantinnen und Postulanten die Anliegen des Postulats nicht erfüllt sind, beantragen wir, das Postulat als nicht erfüllt abzuschreiben. Wir werden einen neuen Vorstoss einreichen, der die Anliegen unmissverständlicher formulieren wird.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: (*Diskussionen im Saal und Konzilium zwischen Präsident und Ratssekretärin*). Da der Erfüllungsgrad für die Abschreibung eines Vorstosses nicht erheblich ist, kann das Votum von Ruth Tennenbaum auch nicht als Antrag entgegengenommen werden. Frau Tennenbaum stellt aber fest, dass der Auftrag nicht erfüllt wurde. Will jemand dieser Aussage widersprechen?

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Hier gilt die gleiche Antwort wie vorhin bei den Finanzen. Es handelt sich bei den Zielsetzungen des Postulats selbstverständlich um eine Daueraufgabe. Und zwar nicht nur in Bezug auf die Einwohner- und Spezialdienste, sondern auch in Bezug auf die ganze Verwaltung. Aber gerade bei den Einwohner- und Spezialdiensten werden Optimierungen laufend geprüft und gegebenenfalls umgesetzt. Insbesondere im Rahmen der Reorganisation und Überprüfung der Dienststellen wurden spezifische Massnahmen definiert. Es geht hier um ein Postulat, also um die Prüfung von Massnahmen und nicht um deren Umsetzung. Der Gemeinderat ging über diesen Auftrag hinaus und hat nicht nur Massnahmen geprüft, sondern auch eine Reorganisation beschlossen und umgesetzt. Sich daraus ergebende Massnahmen sind immer noch am Laufen, denn es geht um einen kontinuierlichen Optimierungsprozess. Dieser umfasst auch Punkte wie zum Beispiel Weiterbildungsmassnahmen, die Frau Tennenbaum eben angesprochen hat.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

Postulat 2017053 «Biel soll sich dem europaweiten Netzwerk von Zufluchtsstädten anschliessen»

Heiniger Peter, PdA: Der Gemeinderat beantragt, das Postulat als erfüllt abzuschreiben. Dies unter anderem mit der Begründung der fehlenden rechtlichen Grundlagen. Das geht aber aus der Antwort bzw. der Konjunktivformulierung *«selbst wenn dies rechtlich möglich wäre»* nicht schlüssig hervor. Zudem wird mit fehlenden Kapazitäten und Finanzmitteln argumentiert. Im Postulat werden aber neben der Stadt Biel auch Privatpersonen oder private Institutionen aufgeführt, die Flüchtende aufnehmen könnten. Diese könnten durch Massnahmen im Bereich der Infrastruktur oder durch aktive Motivation und Begleitung unterstützt werden. Uns geht es darum, guten Willen zu zeigen, auch wenn zum Glück momentan relativ wenig Flüchtende bis zu uns gelangen. Aber die Situation kann sich sehr schnell und drastisch ändern. Darum appelliere ich an alle Anwesenden: Heute sind Menschlichkeit und menschliches Vorgehen gefragt. Die Stadt Biel soll sich nicht aus der Verantwortung ziehen, sondern Stellung beziehen und das Feld nicht privaten Institutionen überlassen. Wir vermuten leider, dass sich der Gemeinderat nicht vertieft mit dem Thema auseinandergesetzt hat. **Die PdA beantragt deshalb, den Antrag nicht als erfüllt abzuschreiben und eine Fristverlängerung von zwei Jahren anzusetzen.**

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Ich weise Sie darauf hin, dass Ihnen die Zuständigen IUL für Fragen zu Parlamentsmail und Office365 zur Verfügung stehen. Morgen werden sie ebenfalls ab 17 Uhr anwesend sein.

Bigler Jarno, SP: Die Fraktion SP/JUSO unterstützt den Antrag von Peter Heiniger. Hingegen verwirrt mich seine Aussage, dass zurzeit «zum Glück» nicht so viele Flüchtende in die Schweiz kommen. Aber das war wohl nicht so gemeint. Wir wissen, dass die Flüchtenden momentan nicht kommen, weil sie davon abgehalten werden. In diesem Sinn ist es auch nicht «ein Glück», dass sie nicht kommen. Auch die Fraktion SP/JUSO hat eine Diskrepanz festgestellt zwischen der Antwort des Gemeinderates und den Anforderungen beziehungsweise dem Wortlaut des Postulats. Die Antwort ist sehr kurz und geht nur auf Punkt 2 des Postulats ein, nicht aber auf die Punkte 1 und 3. Punkt 1 fordert, dass die Stadt Biel erklärt, sich dem «Netzwerk von Zufluchtsstädten» anzuschliessen. Uns würde interessieren, ob das Anliegen geprüft wurde. Falls ja, möchten wir wissen, weshalb dies in der Antwort nicht erwähnt wird. Falls nicht, möchten wir die Gründe dafür kennen. Im Punkt 2 wird der Gemeinderat nur aufgefordert, beim Staatssekretariat für Migration (SEM) vorstellig zu werden und seine Bereitschaft kundzutun, 300 Flüchtende aufzunehmen. In seiner Antwort sagt der Gemeinderat, er könne Flüchtende nicht direkt aufnehmen. Das wissen wir auch und war entsprechend auch nicht Anliegen des Postulats. Auf das Anliegen von Punkt 3, nämlich Unterstützungsmassnahmen für Flüchtende, geht der Gemeinderat mit keinem Wort ein. Freundlich ausgedrückt ist die Antwort des Gemeinderates unbefriedigend. Er braucht auch nicht zwei weitere Jahre, um antworten zu können. Deshalb **beantragt die Fraktion SP/JUSO, dass das Postulat nicht abgeschrieben und mit einer Fristverlängerung bis Sommer 2020 versehen wird.**

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Als Frist können nur Februar oder August gewählt werden; der Antrag SP/JUSO verlangt demnach eine Fristverlängerung bis August 2020.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Sie haben recht, Herr Heiniger. Das Anliegen des Postulats, dass der Gemeinderat etwas machen soll, hat der Gemeinderat nicht erfüllt. Er hat aber sehr wohl den Prüfungsauftrag erfüllt, und ein Postulat beauftragt den Gemeinderat, etwas zu prüfen. Um ein Bild zu gebrauchen: Es ist, wie wenn man ein Kind beauftragt zu prüfen, ob es einen Apfel essen will. Nachher ist man vielleicht nicht zufrieden, wenn das Kind den Apfel nicht gegessen hat. Es geht hier nicht darum, dass der Gemeinderat den Apfel essen muss, sondern darum, dass er prüft, ob er den Apfel essen will. Die erste Antwort des Gemeinderates war recht ausführlich. Seitdem hat sich nichts geändert, sodass es auch keinen Anlass gab, die Prüfung erneut vorzunehmen. Deshalb beantragt der Gemeinderat, das Postulat als erfüllt abzuschreiben. Er hat die Fragen geprüft und über seine Schlussfolgerungen berichtet. Aller Voraussicht nach wird er auch in naher Zukunft nichts anderes berichten können.

Abstimmungen

- Gegenüberstellung des Antrags von Herrn Heiniger, die Frist für das Postulat 20170053 auf Februar 2022 zu verlängern, und des Antrags von Herrn Bigler, die Frist auf August 2020 zu verlängern

Der Antrag von Herrn Bigler obsiegt.

- über den Antrag von Herrn Bigler, die Frist für das Postulat 20170053 auf August 2020 zu verlängern

Der Antrag von Herrn Bigler wird angenommen, das Postulat 20170053 wird somit nicht abgeschrieben und dessen Frist bis August 2020 verlängert.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, wir kommen zur Abstimmung.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 18. Dezember 2019 betreffend «Erheblich erklärte Motionen und Postulate / Zweijahresfrist (Direktion Soziales und Sicherheit)», gestützt auf Art. 42 Abs. 2 und Art. 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtrates (SGR 151.21):

1. Der Punkt 1 des Vorstosses 20080263, Peter Moser, FDP, «Konzept für Einsatz der Videokameras» wird als unerfüllbar abgeschrieben. Für die Erfüllung des in ein Postulat umgewandelten Punkts 2 wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2021 gewährt.
2. Das überparteiliche Postulat 20160277, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Christoph Grupp, Grüne, Dana Augsburger-Brom, SP, Jeremias Ritter, GLP, «Leitlinien für die Mitarbeitenden und für die Erbringung von Dienstleistungen der Dienststelle Einwohner- und Spezialdienste» wird als erfüllt abgeschrieben.
3. Für die Erfüllung des dringlichen Postulats 20170053, Judith Schmid, PdA, «Biel soll sich dem europaweiten Netzwerk von Zufluchtsstädten anschliessen» wird eine Fristverlängerung bis August 2020 gewährt.
4. Für die Erfüllung der Motion 20170247, Reto Gugger, Fraktion EVP/BDP, «Überarbeitung Marktreglement, SGR 943.1» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2021 gewährt.
5. Für die Erfüllung des dringlichen überparteilichen Vorstosses 20170342, Susanne Clauss, Muriel Günther, Fraktion SP/JUSO, Fritz Freuler, Fraktion Grüne, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Judith Schmid, PDA, «Eine sinnvolle und rechtmässige Lösung für die Fachstelle Integration und die Ansprechstelle Integration (AI)» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2021 gewährt.

Direktion Bildung, Kultur und Sport

1. Überparteiliches Postulat 20150315, Dana Augsburger-Brom, Fritz Freuler, Ruth Tennenbaum / Fristverlängerung
2. Postulat 20150342, Alfred Steinmann / Fristverlängerung
3. Überparteiliches Postulat 20170133, Max Wiher, Reto Gugger, Roland Gurtner, Anna Tanner / Abschreibung
4. Dringliches Postulat 20170315, GPK / Fristverlängerung

Das Wort wird nicht verlangt.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 18. Dezember 2019 betreffend «Erheblich erklärte Motionen und Postulate – Zweijahresfrist (Direktion Bildung, Kultur und Sport)» und gestützt auf Art. 42 Abs. 2 und Art. 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 11. Dezember 1996 (SGR 151.21):

1. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20150315, Dana Augsburg-Brom, Fraktion SP, Fritz Freuler, Fraktion Grüne, Ruth Tennenbaum, Passerelle, «Trägerschaft für TOBS und NMB stärken statt abbauen» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2022 gewährt.
2. Für die Erfüllung des Postulats 20150342, Alfred Steinmann, Fraktion SP, «Schulsozialarbeit in den Bieler Schulen stärken» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2022 gewährt.
3. Das überparteiliche Postulat 20170133, Max Wiher, GLP, Reto Gugger, BDP, Roland Gurtner, PAS, Anna Tanner, SP, «Förderung der lokalen Kulturinstitutionen» wird als erfüllt abgeschrieben.
4. Für die Erfüllung des dringlichen Postulats 20170315, GPK, «Konzept für das städtische Angebot im Bereich der Alters- und Pflegeinfrastruktur» wird eine Fristverlängerung bis Ende August 2020 gewährt.

Direktion Bau, Energie und Umwelt

1. Dringliches Postulat 20040601 Erich Fehr / Fristverlängerung
2. Überparteiliches Postulat 20070075 Daphné Rüfenacht, Peter Isler / Fristverlängerung
3. Postulat 20080265 André de Montmollin / Fristverlängerung
4. Überparteiliche Motion 20090344 Heidi Stöckli Schwarzen, Salome Strobel, Peter Moser, René Eschmann / Abschreibung
5. Dringliche Motion 20140290 Peter Bohnenblust / Fristverlängerung
6. Dringliches Postulat 20150031 Natasha Pittet / Fristverlängerung
7. Überparteiliches Postulat 20160211 Urs Känzig, Dennis Briechle, Salome Strobel, Peter Moser / Fristverlängerung
8. Überparteiliches Postulat 20170162 Julien Stocker, Miro Meyer, Lena Frank, Anna Tanner, Judith Schmid / Fristverlängerung
9. Überparteiliches Postulat 20170206 Ruth Tennenbaum, Dana Augsburg-Brom, Glenda Gonzalez, Christoph Grupp, Max Wiher, Judith Schmid / Fristverlängerung
10. Postulat 20170295, Dennis Briechle / Fristverlängerung
11. Überparteiliches Postulat 20170318 Sandra Schneider, Ruth Tennenbaum, Dennis Briechle / Fristverlängerung
12. Überparteiliches Postulat 20170319 Salome Strobel, Christoph Grupp, Glenda Gonzalez, Dennis Briechle / Fristverlängerung

Zumstein Joël, GPK: Im Bericht zum überparteilichen Postulat 20160211 «vfM Ostast: mit provisorischen Massnahmen die Vorgaben erfüllen?» steht, dass die Frist bis Ende Februar 2022 verlängert werden soll. Der Beschlusssentwurf auf Seite 7 sieht aber vor, dass die Punkte 1 und 2 abgeschrieben werden und nur für die Erfüllung des Punkts 3 eine Fristverlängerung bis Februar 2022 gewährt wird. Auf Nachfrage präzisierte die

zuständige Gemeinderätin jedoch, dass die Version des Berichts gilt und eine globale Verlängerung beantragt wird. Das ergibt auch Sinn, da ein Gesamtvorstoss auch dann hängig bleibt, wenn nur ein Punkt von der Fristverlängerung betroffen ist. Zu den restlichen Geschäften hat die GPK keine Anmerkungen und empfiehlt, dem Beschlussesentwurf des Gemeinderates in der korrigierten Fassung zu folgen.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Formal wird die Korrektur der GPK als Antrag behandelt.

Dringliches Postulat 20040601 «Sanierung des Pförtnerhauses und der öffentlichen Toilette des Stadtparks»

Bohnenblust Peter, FDP: Es handelt sich um einen Vorstoss aus dem Jahre 2004. Damals wurde offensichtlich noch nicht unterschieden zwischen einem Vorstoss der GPK und einem Vorstoss eines Einzelsprechers. Ich würde vorschlagen, analog zur Motion 20090344 auch für dieses dringliche Postulat im Beschlussesentwurf zu präzisieren, dass es sich um einen Vorstoss der GPK und nicht von Herrn Fehr handelt.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Es ist im Wahljahr ganz wichtig, genau zu sagen, in welcher Funktion Herr Fehr gehandelt hat. Aber man kann ihm die Autorenschaft nicht ganz entziehen, er war ja dabei. (*Lachen im Saal*). Falls es keine Opposition seitens Stadtrat oder Gemeinderat und auch keine weiteren Wortmeldungen gibt, wird im Beschlussesentwurf die GPK als Urheberin des Vorstosses aufgeführt.

Postulat 20070075 «Umweltschutz – neue Strukturen für den Energiebereich»

Wächter Olivier, UDC: Concernant ce postulat, je voudrais rappeler que le Conseil de ville a démocratiquement voté l'urgence climatique, il y a peu de temps. Notre Groupe l'avait justement rejetée afin d'éviter ce genre de problèmes, à savoir des demandes de prolongation sur des thèmes relatifs au climat. Je vous invite donc à rejeter la prolongation demandée car, selon nous, si l'urgence climatique avait été suivie, il aurait fallu traiter ce postulat plus tôt.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Der Gemeinderat empfiehlt, den Vorstoss noch nicht abzuschreiben, da er noch nicht erfüllt ist. Es geht nicht darum, ob man für oder gegen das Anliegen ist, denn eine Mehrheit hatte sich für den Vorstoss ausgesprochen. Es geht nur darum, dass der Gemeinderat zeigt, wie er das Anliegen des Vorstosses erfüllt. In diesem Fall ist das Anliegen noch nicht erfüllt, weshalb wir ein Jahr länger Zeit brauchen.

Abstimmung

- über den Antrag von Herrn Wächter, das Postulat 20070075 abzuschreiben

Der Antrag wird abgelehnt.

Überparteiliche Motion 20090344 «Langfristige bauliche Lösung für eine sichere Bahnunterführung Madretschstrasse–Mettstrasse»

Briechle Dennis, GLP: Diesen Vorstoss wollte der Gemeinderat schon vor zwei Jahren abschreiben lassen, entgegen einer Mehrheit des Stadtrates. Wie vor zwei Jahren schreibt der Gemeinderat auch jetzt wieder, dass der Veloverkehr auf *«normgerechten durchgezogenen Radstreifen in beiden Richtungen zirkuliere»*. Ich bemängelte schon damals, dass dies nicht stimmt. Die beiden Radstreifen sind mit unterbrochenen Linien markiert. Das führt dazu, dass sie auch vom motorisierten Verkehr befahren werden dürfen und befahren werden. Wie vor zwei Jahren bemängle ich auch nun wieder, dass nicht stimmt, was der Gemeinderat in seinem Bericht schreibt. Vor zwei Jahren versprach die Baudirektorin hier im Rat, dass *«die aktuelle Signalisierung noch behoben werde»* (*Protokoll der Stadtratssitzung vom 22. Februar 2018, S. 64*). Zwar wurde auf Seite Madretsch der Velostreifen im Kreuzungsbereich nun rot hervorgehoben, was sehr toll ist, da es vorher wirklich sehr gefährlich war. In der Unterführung selbst fehlt aber der durchgezogene Radstreifen nach wie vor. Ist der Gemeinderat immer noch willens, seinen Worten vor zwei Jahren Taten folgen zu lassen? In diesem Fall wäre ich geneigt, eine Fristverlängerung bis August 2020 zu beantragen.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: In unserer Antwort führen wir einerseits auf, was wir bis jetzt gemacht haben, um die Sicherheit zu erhöhen. Andererseits legen wir dar, dass im Rahmen der vollständigen baulichen Umsetzung der verkehrlich flankierenden Massnahmen (vFM) die Sicherheit der Nutzenden des langsamen Verkehrs weiter erhöht wird. Wenn also eine Fristverlängerung gewährt wird, so wäre ich froh, wenn diese länger ausfallen würde als nur bis August 2020. Denn momentan ist der Gemeinderat genau daran, die baulichen Massnahmen auf der Südachse insgesamt anzuschauen. Diese werden eine Verbesserung für die Sicherheit des langsamen Verkehrs bringen. Mit einer Frist bis August 2020 müsste ich bereits in einem Monat wieder einen Bericht einreichen, ohne etwas Neues anfügen zu können. Der nächste Schritt findet im Rahmen der baulichen Umsetzung der vFM statt, die auch die Unterführung umfasst. Wenn die Frist also verlängert werden soll, dann realistischerweise um zwei Jahre.

Brunner Thomas, EVP: Es kann doch nicht sein, dass es zwei Jahre braucht, um einen Strich zu zeichnen. Es geht um die Sicherheit der Velofahrenden. Ich fahre sehr oft Velo in dieser Stadt und es ist wesentlich, ob der Strich durchgezogen wird oder nicht. Denn der durchgezogene Strich hilft den Autofahrenden, den korrekten Abstand zu wahren, und er sichert den Weg für die Velofahrenden. Es sollte nicht abgewartet werden, bis jemand überfahren wird. **Ich beantrage deshalb eine Fristverlängerung bis August 2020.**

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Schauen wir nochmals an, was der Vorstoss fordert. Er fordert eine langfristige bauliche Lösung für die Unterführung und nicht einen durchgezogenen Streifen. Aus diesem Grund werden wir den Vorstoss auch nicht bis nächsten August erfüllen können.

Wiher Max, GLP: Ich sehe die Problematik. Wenn es sich um eine grössere Veränderung handelt, wäre eine Fristverlängerung um zwei Jahre angebracht. Könnte man aber von der Baudirektorin zumindest eine Zusage zuhanden des Protokolls

erhalten, dass der Strich bis Mitte Sommer 2020 ausgezogen wird? Damit könnten wir auch der zweijährigen Fristverlängerung zustimmen und die Problematik ausdifferenzieren in kurz- und langfristige Massnahmen. Falls meine Frage bejaht wird, stelle ich den Antrag auf eine Fristverlängerung von zwei Jahren.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Nein, ich kann nicht zusichern, dass wir das bis zum nächsten Sommer - oder überhaupt - machen werden. Wir dürfen diese Linie aus rechtlichen Gründen nicht durchziehen, weil die Platzverhältnisse zu eng sind. Es braucht eine umfassendere Lösung für die Unterführung. Da wir für die durchgezogene Linie allein keine Bewilligung erhalten werden, kann ich keine Zusicherung geben.

Abstimmung

- über den Antrag von Herrn Brunner, die Frist für die Motion 20090344 bis August 2020 zu verlängern

Der Antrag wird abgelehnt.

Überparteiliches Postulat 20160211 «vfm Ostast: mit provisorischen Massnahmen die Vorgaben erfüllen?»

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Gemäss Antrag der GPK werden wir hier über den korrigierten Antrag des Gemeinderats abstimmen, nämlich über eine Fristverlängerung bis Februar 2022 für alle Punkte des Vorstosses.

Briechle Dennis, GLP: Die verkehrlich flankierenden Massnahmen zu einer Autobahn sollten in der Regel innert zweier Jahre umgesetzt werden. Im Fall eines grossen Projektes wie der A5-Ostast war es aber klar, dass dies nicht ganz realistisch ist. Deshalb griff unser Postulat ursprünglich die Idee von provisorischen Massnahmen auf, um sicherzustellen, dass die erwünschten verkehrlichen Entlastungen möglichst rasch eintreten. In seiner Antwort weist der Gemeinderat darauf hin, dass er bereits viele Massnahmen als Sofortmassnahmen definitiv verwirklichen konnte. Dies ist erfreulich, und entsprechend konnten auch auf einigen Strassen im Osten Biels verkehrliche Entlastungen erreicht werden. Ein Blick auf die Objektblätter der verkehrlich flankierenden Massnahmen zum Ostast zeigt aber auch, dass noch nicht alle Massnahmen umgesetzt sind. Solange dies der Fall ist, sollte unseres Erachtens der Vorstoss noch nicht abgeschrieben werden. **Ich beantrage deshalb eine Fristverlängerung nur bis Februar 2021 statt bis Februar 2022.**

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Der Gemeinderat möchte beliebt machen, die Frist von zwei Jahren zu belassen. Es ist richtig, dass die vorgezogenen Sofortmassnahmen umgesetzt wurden und Wirkung erzielen konnten. Bei einer dieser Massnahmen ist noch ein Verfahren hängig. Alle anderen in den Objektblättern aufgeführten Massnahmen werden direkt in die baulichen Massnahmen integriert. Aktuell arbeiten wir daran und werden im 2. Quartal 2020 ausführlich darüber informieren können. Das heisst, dass wir keine weiteren Sofortmassnahmen ergreifen, sondern die noch hängigen Massnahmen direkt im Rahmen der baulichen Etappe

realisieren werden. Das kann nicht in einem Jahr abgeschlossen werden, weshalb wir für den ganzen Vorstoss eine Fristverlängerung bis 2022 beantragen.

Abstimmung

- über den Antrag von Herrn Briechle, die Frist für das dringliche Postulat 20150031 nur um ein Jahr bis Februar 2021 zu verlängern

Der Antrag wird abgelehnt.

Postulat 20170162 «Autofreier Bahnhofplatz»

Wächter Olivier, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Notre Groupe propose de rejeter la demande de prolongation car l'intervention aborde un sujet sur lequel la population biennoise s'est déjà exprimée clairement et à maintes reprises. Elle a toujours rejeté le principe de la place de la Gare sans voiture. Il est donc inutile de prolonger les débats sur ce thème.

Meyer Miro, JUSO: Sie stellen immer wieder Anträge, weil Sie mit den Anliegen nicht einverstanden sind. Aber es handelt sich um einen überwiesenen Vorstoss, der noch nicht erfüllt ist. Es geht deshalb auch nur darum, dessen Frist zu verlängern.

Briechle Dennis, GLP: Ich finde das eine etwas komische Argumentation, Herr Meyer. Können Sie mir versprechen, dass Sie einen Vorstoss immer unterstützen werden, wenn er einmal überwiesen wurde? Es ist politisch völlig normal, dass ein Vorstoss mit der Zeit auch mal stirbt.

Abstimmung

- über den Antrag von Herrn Wächter, das überparteiliche Postulat 20170162 abzuschreiben

Der Antrag wird abgelehnt.

Postulat 20170295 «Hand in Hand: Tempo-30- und Begegnungszonen»

Wächter Olivier, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Notre groupe demande de rejeter cette demande de prolongation pour ce postulat. En effet, nous estimons que les zones 30 km/h sont un échec du point de vue écologique et aussi du point de vue de la fluidité du trafic. Je parle aussi des zones de rencontre, car les zones de rencontre à Bienne ont été largement critiquées par la population dans les médias.

Schwicker Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Im Prinzip geht es immer wieder um dasselbe: Es handelt sich um einen Prüfungsauftrag, der vom Stadtrat überwiesen und vom Gemeinderat aufgenommen wurde. Es geht um Projekte wie zum Beispiel die Tempo-30-Zone im Geyisried, wo die Umsetzung einer Begegnungszone geprüft wird. Es ist ein aktuelles Projekt, das in Planung ist und zu welchem dem Stadtrat ein Vorschlag unterbreitet werden wird. Ich bitte deshalb darum, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen.

Abstimmung

- über den Antrag von Herrn Wächter, das Postulat 20170295 abzuschreiben

Der Antrag wird abgelehnt.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel beschliesst nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 18. Dezember 2019 betreffend «Erheblich erklärte Motionen und Postulate / Zweijahresfrist (Direktion Bau, Energie und Umwelt)», gestützt auf Artikel 42 und 43 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 11. Dezember 1996 (SGR 151.21):

1. Für die Erfüllung des dringlichen Postulats 20040601, GPK, «Sanierung des Pfortnerhauses und der öffentlichen Toilette des Stadtparks» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2021 gewährt.
2. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20070075, Daphné Rüfenacht, Fraktion Grüne Biel, und Peter Isler, Fraktion SP, «Umweltschutz – neue Strukturen für den Energiebereich» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2021 gewährt.
3. Für die Erfüllung des Postulats 20080265, André de Montmollin, Fraktion SP, «Für eine Begegnungszone in der näheren Umgebung des Spitalzentrums» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2022 gewährt.
4. Die überparteiliche Motion 20090344, Heidi Stöckli Schwarzen, SP, Salome Strobel, SP, Peter Moser, FDP, und René Eschmann, BVP, «Langfristige bauliche Lösung für eine sichere Bahnunterführung Madretschstrasse–Mettstrasse» wird als erfüllt abgeschrieben.
5. Für die Erfüllung der dringlichen Motion 20140290, Peter Bohnenblust, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU, «Renovation und Umbau Theater Palace: Begrenzung Beitrag der Stadt Biel auf maximal CHF 2,9 Mio.!» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2021 gewährt.
6. Für die Erfüllung des dringlichen Postulats 20150031, Natasha Pittet, PRR, «Schulräume in genügender Anzahl» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2022 gewährt.
7. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20160211, Urs Känzig, Grüne, Dennis Briechle, GLP, Salome Strobel, SP, Peter Moser, FDP, «vfM Ostast: mit provisorischen Massnahmen die Vorgaben erfüllen?» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2022 gewährt.
8. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20170162, Julien Stocker, GLP, Miro Meyer, JUSO, Lena Frank, Grüne, Anna Tanner, SP, Judith Schmid, PdA, «Autofreier Bahnhofplatz» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2022 gewährt.
9. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20170206, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Dana Augsburg-Brom, SP, Glenda Gonzalez, Fraktion PSR, Christoph Grupp, Fraktion Grüne, Max Wiher, GLP, Judith Schmid, PdA, «Attraktivieren der Aufenthaltsqualität im Stadtpark mit einer Buvette» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2021 gewährt.
10. Für die Erfüllung des Postulats 20170295, Dennis Briechle, GLP, «Hand in Hand: Tempo-30 und Begegnungszonen» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2022 gewährt.

11. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20170318, Sandra Schneider, SVP, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Dennis Briechle, GLP, «Melde-Plattform für Mängel und Schäden der städtischen Infrastruktur» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2021 gewährt.
12. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20170319, Salome Strobel, SP, Christoph Grupp, Grüne, Glenda Gonzalez, PSR, Dennis Briechle, GLP, «Begegnungszone Bubenbergstrasse» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2022 gewährt.

44. 20180136 Schulhaus Dufour Ost und West / Gesamtanierung

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Zu diesem Geschäft ist ein Rückweisungsantrag der Fraktion FDP/PLR eingereicht worden. Da es sich um einen Rückweisungsantrag handelt, kann er begründet werden. Es ist aber wichtig, dass sich die Diskussion nur auf den Rückweisungsantrag bezieht und nicht auf das Geschäft selbst.

Rückweisungsantrag

Leuenberger Bernhard, Fraktion FDP: Die Stadt Biel hat wunderbare, weniger wunderbare - und schlicht und ergreifend hässliche Gebäude. Das Dufourschulhaus gehört zu dieser letzten Kategorie. Über den Wert der Liegenschaft auch aus historischer oder denkmalpflegerischer Sicht könnte man sich füglich streiten. Aber das muss uns nicht näher interessieren, denn das Gebäude ist geschützt und kann darum auch nicht abgerissen werden. Wenn man vor dem Gebäude steht, fühlt man sich in die Zeit des real existierenden Sozialismus in Osteuropa zurückversetzt. Es muss unbestrittenermassen etwas unternommen werden.

Die Fraktion FDP hat mit grossen Erwartungen und Interesse vom Bericht des Gemeinderates Kenntnis genommen. Am Schluss der Lektüre waren wir aber recht ernüchtert, wenn nicht gar etwas frustriert. Erstens fehlten diverse Kennzahlen. Ein Teil davon wurde heute noch nachgeliefert und wir wissen nun zum Beispiel, dass der Kubikmeterpreis des umgebauten Raums inklusive Natursteinarbeiten bei CHF 833.- liegt. Damit ist er höher als der Preis für vergleichbare Objekte im Neuzustand; die Sanierung kommt also teurer zu stehen als ein Neubau. Wir beschliessen hier über einen Kredit von mehr als CHF 18,3 Mio. und stellen fest, dass sich bei der Nutzung überhaupt nichts ändern wird. Es gibt nicht mehr Schulraum, die vermieteten Räume werden weiterhin vermietet, die sanu future learning AG (Bildung und Beratung für eine nachhaltige Entwicklung) bleibt, die Tagesschule bleibt. Es gibt nichts Neues, was die CHF 18,3 Mio. rechtfertigen würde. Wenn ein neues Schulhaus hinter alten Fassaden entstanden wäre, wäre das anders. Dazu nur ein Detail: Die Wärmedämmung besteht lediglich darin, Fenster gemäss dem heutigen Standard einzusetzen. Meines Wissens hat die Stadt Biel letzten Herbst den Klimanotstand ausgerufen, aber die Mauern des Dufourgebäudes sollen weiterhin nicht wärmegeklämt sein. Das ist ein technisches Manko, das ich mir nicht erklären kann.

Es bestehen viele solche Mängel bei diesem Projekt, aber der Hauptmangel liegt darin, dass mit der Sanierung nichts an der Nutzung geändert wird und auch kein Konzept zur künftigen Entwicklung des Stadtzentrums vorliegt. Wir reden nun seit über zehn Jahren darüber. Wir haben ein Schulhaus in einem ähnlich verlotterten Zustand wie das Dufour-Schulhaus in der Unionsgasse. Man könnte diese beiden Liegenschaften gemeinsam im Rahmen eines Schulraumkonzepts anschauen, zusammen etwa mit dem Heuerpark.

Aus diesen Gründen stellt die Fraktion FDP einen Rückweisungsantrag. Wir beantragen dem Gemeinderat, eine neue Vorlage zu erarbeiten, die sich nur auf die Renovation der Fassade inklusive Fenster und Heizverteilungsanlage konzentriert. Das sollte ausreichen, um die bisherige Nutzung weiterhin gewährleisten zu können. Die CHF 18,3 Mio. stehen in keinem Verhältnis zum effektiven Nutzen. Noch eine kleine Ergänzung: Ich war kürzlich in der Plänkestrasse, in der zusätzlicher Schulraum für CHF 13 Mio. bewilligt wurde. Das war auch schon teurer als erwartet, aber es generierte zusätzliche Nutzungsmöglichkeiten und einen Mehrwert für die Stadt Biel. Das ist bei der vorliegenden Sanierungsvorlage nicht der Fall, und aus diesem Grund **stellt die Fraktion FDP einen Rückweisungsantrag.**

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO ist gegen diesen Rückweisungsantrag. Das Dufourschulhaus ist bereits seit Jahrzehnten ein unansehnliches Gebäude. Dabei stammt es aus dem 15. Jahrhundert und gehört zu unserer Bieler Identität und unserem Kulturgut. Entsprechend ist es auch kantonal geschützt. Es käme niemandem in den Sinn, die Bieler Stadtkirche, die ebenfalls im 15. Jahrhundert errichtet wurde, innen und aussen nicht zu sanieren. Dies wurde gemacht, und die Kirche ist heute ein Bijou. Es ist also wichtig, dass wir das Dufourschulhaus endlich gründlich sanieren und danach wieder als eines der Bijous im Stadtzentrum betrachten können. Das wird einen grossen Einfluss auf die gesamte Innenstadt haben.

Eine Rückweisung des Geschäfts hätte nicht nur negative Auswirkungen für die Bieler Schulen, sondern auch für die Geschäfte der Innenstadt. Die haben schon jetzt Mühe zu überleben. Wird die Sanierung noch weiter hinausgeschoben, wird sich das noch verschärfen. Die Fassade des Schulhauses wird noch weiter abbröckeln und die Sanierung noch teurer werden. Im Übrigen kann die Wärmedämmung aus historischen Gründen nicht besser umgesetzt werden, das wurde an der Infoveranstaltung erklärt. Die FDP und ihre bürgerlichen Mitstreiter wollen keinen Innenausbau des Dufourschulhauses. Sind denn Tagesschule, Logopädie, Psychomotorik und Begabtenförderung keine Schulräume, die benötigt werden? Kann man diese Schüler, Schülerinnen und Lehrpersonen in ein vermodertes, unansehnliches Schulhaus schicken? Ist das neue Motto der bürgerlichen Parteien «ausen fix und innen nix»? Das erinnert mich an die Taktik gewisser Investoren an der Madretschstrasse: aussen Fassaden renovieren, innen Räume in skandalösem Zustand an Sozialhilfe beziehende Mitmenschen vermieten. Für CHF 2,3 Mio. kann der Dachstock ausgebaut werden. Das ergibt eine zusätzliche Grundfläche von ungefähr 800 Quadratmetern Schulraum, der nicht für Klassenzimmer, aber für schulergänzenden Unterricht dringend gebraucht wird. Das Konzept ergibt Sinn, denn die Logopädie, Psychomotorik und Begabtenförderung sind heute entweder in einem extern gemieteten Haus oder im Schulhaus an der Unionsgasse untergebracht. Mit dem Ausbau des Dachstocks können die externen Mietkosten eingespart und kann die Renovation des Schulhauses

an der Unionsgasse angegangen werden. Dessen Fassade bröckelt auch seit Jahrzehnten und musste eingerüstet werden, da besteht auch dringender Handlungsbedarf.

Zudem dürfen wir die Tagesschulen nicht vergessen, die heute schon im Dufourschulhaus einquartiert sind. Schülerinnen und Schüler der Innenstadt nehmen dort täglich ihr Mittagessen ein und machen Schulaufgaben. Das soll auch in Zukunft möglich bleiben, in einem anständigen Schulhaus. Es gäbe kein Konzept? Doch. Die Direktion BKS hat ein klares Konzept, der Direktor wird sicher noch etwas dazu sagen. Schon als der Verpflichtungskredit für die Projektierung im Stadtrat diskutiert wurde, war klar, dass es keine neuen Klassenzimmer geben wird. Da intervenierte niemand dagegen oder verlangte ein Schulraumkonzept; der Verpflichtungskredit wurde mit einem deutlichen Mehr bewilligt. Die Fraktion SP/JUSO unterstützt das vorliegende Projekt. Helfen Sie mit, dass das Dufourschulhaus wieder sinnvoll genutzt werden kann.

Zumstein Joël, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Das Eingangsvotum hat alle Argumente auf den Punkt gebracht. Die Gegenargumente hingegen sind nicht immer schlüssig, so etwa der Zusammenhang zwischen Schulraum und den Geschäften der Innenstadt. In diesem Sinn plädiere ich unbedingt für eine Rückweisung.

Grupp Christoph, Fraktion Grüne: Diese Rückweisung ist – es tut mir leid – eine verwerfliche Idee. Die Grünen lehnen sie ab. Der Hauptgrund ist: Je länger wir mit der Sanierung zuwarten, desto teurer wird sie. Machen müssen wir sie sowieso, da es sich um ein geschütztes Gebäude handelt, das gemäss gesetzlichen Vorlagen erhalten bzw. renoviert werden muss. Wenn wir es renovieren, dann ist es sinnvoll, eine gute Nutzung dafür vorzusehen. Wenn wir nun nichts machen – und mit dem Rückweisungsantrag wird das Geschäft nicht um Monate, sondern um Jahre verschoben –, dann werden die Folgekosten enorm. Die Steinmetzarbeiten, die in der Offerte mit etwas über CHF 1,3 Mio. beziffert werden, wurden vor zehn Jahren noch mit einem weniger hohen Betrag vorveranschlagt. Ein Teil der Kostensteigerung ist auf den Zahn der Zeit zurückzuführen. Je länger wir mit der Sanierung warten, desto teurer wird sie. Inzwischen machen die Steinmetzarbeiten fast ein Zehntel der Gesamtkosten aus. Dieser Anteil, der bezüglich Nutzung definitiv nichts bringt, wird noch zunehmen, wenn wir die Arbeiten noch weiter hinauszögern.

Unabhängig davon, dass es sich um ein historisches Gebäude handelt, das wir nicht abreißen können, muss auch bedacht werden, wie das Gebäude heute genutzt wird. Die abgespeckte Version ohne Brandschutz und Elektrosanierung entspricht den heutigen gesetzlichen Vorgaben nicht. Ich weiss nicht, was passieren würde, wenn es einen Brand gäbe. Weder der heutige Zustand noch die Sanierungsversion des Rückweisungsantrags genügen den sicherheitstechnischen Anforderungen. Was die Schulraumplanung betrifft, so ist sie sicher notwendig, hat aber keinen direkten Einfluss auf die Sanierung des Dufourschulhauses. Wie es der Bildungsdirektor ausgeführt hat, besteht kein akuter Schulraumbedarf für Regelklassen im Stadtzentrum. Die Tagesschule und die Sonderpädagogik müssten mit dem vorliegenden Sanierungsvorschlag nicht an einem anderen Standort eingemietet werden. Damit werden Mittel gespart, die wiederum für Betrieb und Unterricht von Regelklassen im Schulhaus an der Unionsgasse oder in weiteren Gebäuden eingesetzt werden können. Und Tagesschulen sind nicht «nice to have», sondern entsprechen einem gesetzlich

vorgegebenen Schulangebot wie andere Unterrichtsformen auch. Der Vorwurf, dass im Dufourschulhaus nur Tagesschulen geführt werden und es daher keine Aufwertung gäbe, ist haltlos. Schulische Nutzungen im gesetzlich vorgegebenen Rahmen gegeneinander auszuspielen, bringt überhaupt nichts.

Die Rückweisung im Heuerpark hat dazu geführt, dass das Schulhaus während Jahren im selben Zustand verblieb, wie es noch heute ist. Ich habe vor zwanzig Jahren im Dufour West gearbeitet und vor fünfzehn Jahren die Stelle dort verlassen. Es sah schon damals schlimm aus. Inzwischen wurden die Fenstersimse heruntergeschlagen, und es mussten Gerüste installiert werden. Das nur, weil man schon damals an dieser Heuerparkfantasie herumstudiert hatte. Wird diese weiterhin mit der Sanierung des Schulhauses verknüpft, werden wir nicht weiterkommen. Natürlich kann das Areal im Heuerpark entwickelt werden, aber es schafft mehr Freiraum und Möglichkeiten, wenn die beiden Vorhaben unabhängig voneinander entwickelt werden.

Die Rückweisung der Sanierung des Dufourschulhauses hätte zur Folge, dass es nochmals eine Verzögerung von fünf bis zehn Jahren gäbe, und das wäre Gift für ein Gebäude, das seit Jahrzehnten verfällt. Es wäre auch Gift für die Quartierentwicklung, da es hier sehr wohl einen Zusammenhang gibt. Das Untergeschoss des Gebäudes gegenüber, in dem die Buchhandlung Lüthi eingemietet ist, steht seit Langem leer, da keine neuen Mieter gefunden werden können. Ich würde vor diesem Schulhaus auch kein Geschäft einrichten wollen, wenn mir ein gewisses Prestige wichtig ist. Wenn wir aber dort wieder ein Bijou hätten, das gerne angeschaut wird und dem historischen Wert des Zentrums von Biel entspricht, hat das einen Einfluss auf das Quartier und dessen Entwicklung.

Die gleichen Kreise, die die Quartierentwicklung im Zentrum blockieren wollen, wollten auch schon die Sanierung des Neumarktplatzes blockieren. Ich finde es verantwortungslos, auf diese Weise das Stadtzentrum immer mehr zerfallen und unattraktiv werden zu lassen. Das ist Gift für das Image der Stadt Biel seitens eines Stadtrats, von dem gesagt wird, dass er nichts regelt und nur Stillstand produziert.

Und zum Schluss: Es gibt mit dem Dachgeschoss sehr wohl eine Aufwertung, da eine neue Nutzfläche von beinahe 2000 Quadratmetern geschaffen wird. Und Sie wissen, wie viel Miete ein Quadratmeter in der Innenstadt einbringen kann. Gehe ich bescheiden von rund CHF 150 aus, ergibt das Einnahmen von etwa CHF 150'000 pro Jahr. Kapitalisiert ergibt das rund CHF 3,5 bis 4 Mio., für die wir nun CHF 2,3 Mio. einsetzen müssen. Das ist ein guter Deal und eine Aufwertung, weil mehr Räume für Angebote im schulischen Umfeld zur Verfügung stehen. Das Projekt ist also gut durchdacht und vorbereitet, und all diese Aspekte wurden übrigens auch an der Informationsveranstaltung erläutert. Ich appelliere an Sie, den Rückweisungsantrag abzulehnen, damit wir das Geschäft beraten können.

Sprenger Titus, Fraktion Einfach libres!: Die Fraktion Einfach libres! hätte durchaus Sympathien für den Rückweisungsantrag, wenn er die Themen aufgenommen hätte, die damals bei der Annahme des Verpflichtungskredits nicht angesprochen wurden. Wenn die Rückweisung damit begründet worden wäre, dass der Gemeinderat heute eine Vorlage präsentiert, die damals nicht besprochen wurde, hätten wir gewisse Sympathien. Uns stört aber, dass mit dem Rückweisungsantrag noch ein Auftrag verbunden ist, der letztlich zu einem Ergebnis führt, das man zusammenfassen könnte mit dem Motto «aussen hui, innen pfui». Also aussen schöne Fassaden, innen soll

nichts passieren. Wir stellen den Schulraumbedarf nicht infrage, selbstverständlich braucht es mehr Schulraum. Aber wie den Medien zu entnehmen war, braucht es diesen nicht im Zentrum. Mehr Schulraum im Zentrum bedeutet mehr Mobilität sowie längere und unsichere Schulwege – das wollen wir nicht. Und gemäss dem Rückweisungsantrag müsste man das Gebäude zweimal angehen und somit den regulären Betrieb zweimal stören: zuerst für die Aussenhülle inklusive Heizung und dann für die Innenarbeiten. Wir lehnen deshalb den Rückweisungsantrag ab.

Wiher Max, Fraktion GLP+: Zuerst muss ich ein paar Widersprüche von Herrn Grupp richtigstellen. Ich erinnere mich, dass wir für den Neumarktplatz durchaus Schulter an Schulter kämpften und leider knapp verloren. Es geht hier also nicht um die gleichen Gräben; möglicherweise haben sich andere Gräben gebildet. Sie sagen, dass es den Geschäften gegenüber des Dufourschulhauses schlecht gehen würde, wenn das Gebäude nicht renoviert würde. Gleichzeitig wenden Sie sich aber gegen den Rückweisungsantrag, der, wie zitiert, zu einem «aussen hui und innen pfui» führen würde. Aber damit würde doch das Gebäude aussen gut aussehen, und die Geschäfte gegenüber könnten gut damit leben.

Aus Sicht der Fraktion GLP+ ergibt die zweistufige Renovation Sinn. Aussen müssen Steinmetzarbeiten gemacht werden, das kann nicht aufgeschoben werden und wird mit jedem Jahr teurer. Auch die Fenster müssen ersetzt und mit einer Wärmeschicht versehen werden. Aber Innenrenovationen sind sehr teuer, und im Bericht wird der Nachweis zu wenig erbracht, dass die Stadt genau das braucht, was uns heute verkauft wird. Seit zehn Jahren bin ich nun im Stadtrat, und jedes Jahr geben wir Millionen für Schulräume aus, weil jedes Jahr gesagt wird, wir hätten zu wenig Schulraum. Und es ist auch eine wichtige Priorität. Jetzt sollen wir aber 50% unseres gesamten Investitionsvolumens ausgeben, ohne damit Schulraum zu schaffen. Wir tragen die Verantwortung für die Schüler und die Stadt, und wir können nicht CHF 18 Mio. für diese Sanierung ausgeben und dann immer noch zusätzlichen Schulraum brauchen.

Wir müssen Prioritäten setzen – und der Fraktion GLP+ ist der Schulraum nach zehn Jahren «Pflasterlipolitik» wichtiger. Deshalb unterstützt sie den Rückweisungsantrag. Aus unserer Sicht können die kurzfristigen von den langfristigen Massnahmen abgekoppelt werden. Die Innensanierung wird auch später viel Geld kosten, aber wir wissen dann wenigstens, wofür wir es ausgeben. Als Fraktion zweifeln wir daran, dass hinter diesem Vorhaben ein Konzept steht oder ob nicht vielmehr schnell entschieden wurde, die bestehende Nutzung weiterzuführen. Aber damit wird kein neuer Schulraum geschaffen, und dafür ist das Vorhaben zu teuer. Deshalb unterstützen wir den Rückweisungsantrag.

Rebetez Maurice, au nom du Groupe PSR: Je ne reviendrai pas sur les aspects scolaires et pédagogiques relevés par Messieurs Steinmann et Grupp, car le Groupe PSR les soutient entièrement. La création de locaux dédiés aux structures scolaires est tout de même garantie. Des infrastructures seront à disposition des écoles à journée continue, de la psychomotricité et de la logopédie qui, toutes, touchent directement le monde scolaire.

S'il y a augmentation du nombre d'élèves, les besoins augmenteront aussi. Limiter la rénovation aux façades, aux fenêtres et à la distribution de chaleur permettrait certainement d'obtenir une jolie boîte dont l'intérieur resterait en état durant de

nombreuses années encore. Francis Blanche a affirmé dans une citation devenue célèbre: «*Mieux vaut penser le changement que de changer le pansement*».

Alors, limiter la rénovation à ces éléments correspondrait uniquement à changer le pansement, permettrait de se donner bonne conscience et de montrer aux biennoises et biennois que quelque chose a été entrepris. Une belle illusion de façade. Il est donc judicieux de penser le changement.

L'école Dufour doit être rénovée en tant que bâtiment historique et digne de protection, car il n'est plus acceptable de le laisser dans un tel état de délabrement. C'est l'image de la Ville qui s'en trouve ternie. Depuis des lustres, la population biennoise s'impatiente et se demande pourquoi il ne se passe quasiment rien au niveau de l'entretien ou de la rénovation de ce bâtiment. Proposer le renvoi de ce dossier équivaudrait certainement à remettre sa réalisation aux calendes grecques et ce n'est absolument pas acceptable. Le Groupe PSR s'oppose donc vivement à la proposition de renvoi de ce dossier.

Hamdaoui Mohamed, PDC: J'ai quatre questions extrêmement précises et concrètes à poser au Conseil municipal au sujet de cette proposition de renvoi:

- Si, par malheur, elle était acceptée, combien de temps faudrait-il au Conseil municipal pour élaborer un nouveau projet qui tienne compte des trois revendications très précises des auteurs de la proposition de renvoi?
- Combien coûterait, selon vos estimations, un projet de façade?
- Ce projet permettrait-il raisonnablement de pallier le manque de nouvelles classes à Bienne?
- Combien d'années peut-on encore attendre avant de faire quelque chose à l'intérieur de ce bâtiment avant qu'il ne tombe en ruine ou qu'il ne provoque un accident?

Wiederkehr Martin, SP: Als mit diesem Gebäude verbundener Bieler möchte ich Sie wirklich bitten, diesen Rückweisungsantrag zurückzuziehen. Ich bin hier aufgewachsen und habe sowohl als ehemaliger Schüler als auch als ehemalige Lehrperson eine Beziehung zu diesem Schulhaus. Ich identifiziere mich mit dieser Stadt und deren Kulturgütern. Diesbezüglich bin ich noch etwas konservativ. Das Dufourschulhaus hat eine Geschichte als Kulturgut der Stadt Biel, es steht nicht einfach zufällig da. Es geht darum, dieses Kulturgut zu erhalten und endlich in es zu investieren.

Eine andere Frage ist die Nutzung des Innenraums. Dazu ein Satz aus einem Jahresbericht der Stadt Biel: «*Im Dufourschulhaus, dessen Renovation noch Jahre auf sich warten lässt, verschönern Schülerwandgemälde zwei Treppenhäuser*». Wissen Sie, aus welchem Jahr dieses Zitat stammt? Aus dem Jahr 1984. Es darf nicht sein, dass der Innenzustand weiterhin so bleibt wie 1984. Über Jahre gab es in diesem Stadtrat gerade um die Jahrtausendwende herum auch Diskussionen darüber, das Kulturgut abzureissen. Ich gebe zu, dass die Nutzung ein anderes Thema ist. Aber ich habe mich schon vor dreissig Jahren gefragt, wie man einen Estrich von dieser Grösse einfach als Abstellkammer abtun kann. Wir können uns das nicht mehr leisten, und kein privater Investor würde das machen, jedenfalls nicht im Stadtzentrum. Der Estrich hat einen Wert, der endlich genutzt werden sollte. Die Frage ist aber wirklich, wie. Als Schulraum? Ich habe dort Schule gegeben, und es ist machbar, aber die Zeiten und die Anforderungen an den Schulraum haben sich geändert. In den 2000er-Jahren

wurde zur Frage der Nutzung des Gebäudes eine Arbeitsgruppe eingesetzt mit Vertretenden aus der Wirtschaft. Es gab Ideen einer privaten Nutzung wie zum Beispiel dessen Vermietung als Wohnraum oder als Hotelbetrieb. Aber all diese Varianten waren teuer.

Letztlich braucht die Stadt Biel Raum, und dazu nutzt man die eigenen Räumlichkeiten, statt sich irgendwo einzumieten. Heute liegt uns ein Nutzungsplan vor, der den aktuellen Anforderungen entspricht. Vor dreissig Jahren sprach noch niemand von Mittagstischen, aber diese Angebote sind heute obligatorisch und müssen irgendwo untergebracht werden. Heute liegt ein Plan zur langfristigen neuen Nutzung des Gebäudes vor; das ist eine werterhaltende Investition und nicht einfach verschleudertes Geld. Es kostet viel, das stimmt, aber wir haben davon auch einen Mehrwert, der erhalten bleibt.

Suter Daniel, PRR: L'essentiel du problème et que nous investissons plus de 18 millions de fr. pour améliorer les conditions de l'école à journée continue et aménager le service des ressources pédagogiques en un seul endroit. C'est cela qui ne va pas. Le besoin réel est de trouver des locaux scolaires. Nous avons réfléchi à un concept en parallèle avec «Dufour ouest», qui est actuellement loué à des privés. Ce bâtiment a des salles qui correspondraient à ce que la loi demande pour des locaux scolaires. Nous pensons également à l'école qui se situe à la rue de l'Union. La question est de savoir comment on peut trouver la solution optimale entre l'utilisation de «Dufour ouest» qui, une fois rénové, pourrait être utilisé pour des salles de classes, et la rénovation de «Dufour est».

Il faut se souvenir de ce qui a été décidé pour le bâtiment du Contrôle. Il avait été décidé de faire, dans l'immédiat, les travaux indispensables à la sécurité au niveau des façades tout en fonctionnant comme d'habitude à l'intérieur. C'est dans ce sens que l'on peut dire que le projet soumis aujourd'hui est mal ficelé et trop généreux pour obtenir un bon résultat. Il est important, à notre avis, de réfléchir plus loin en intégrant «Dufour ouest» et réfléchir à son utilisation. Toutefois, dans l'immédiat, il est possible de rénover la façade et de faire les autres travaux urgents, comme par exemple les combles, ainsi que l'a mentionné Monsieur Wiederkehr. Ce serait, à notre avis, la meilleure manière de procéder pour le bien de tous.

Ogi Pierre, PSR: Les avis sont faits et personne ne changera d'avis à ce sujet. C'est la raison pour laquelle je propose de voter immédiatement sur la proposition de renvoi.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Es folgt eine persönliche Erklärung, die Vorrang vor dem Ordnungsantrag hat.

Leuenberger Bernhard, Fraktion FDP: Herr Grupp, ich lasse mir nicht alles bieten. Wir sind aufgefordert, sachlich über ein Geschäft zu diskutieren, nachdem wir dazu Unterlagen erhalten haben und uns informieren konnten. Wenn ich nun hier eine Meinung vertrete, die nicht Ihrer Meinung entspricht, so heisst das noch lange nicht, dass ich verwerflich oder verantwortungslos wäre oder dass ich Gift streuen würde. Ich verwahre mich gegen diese Terminologie. Hingegen sagt sie etwas aus über Ihr Demokratieverständnis. Und ich nutze die Gelegenheit, um klar zu sagen, dass die Fraktion FDP die Sanierung an sich nicht als unnötig bestreitet. Wir möchten sie einfach nicht in diesem Umfang. Dazu möchte ich aus dem Bericht zitieren: «Die Bausubstanz

ist an sich in einem guten Zustand, sodass der Erhalt mit einer massvollen Sanierung möglich ist». Uns fehlt eben dieses «massvoll». Wir sind für die Sanierung und gegen Verzögerungen, aber für eine massvolle Sanierung der Fassade. Wir haben kein Interesse an einer Verzögerung, diese Aussage ist falsch und tendenziös. Dagegen verahre ich mich, und ich fühle mich persönlich beleidigt.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Vor der Abstimmung über den Ordnungsantrag wünscht der Gemeinderat das Wort.

Schwicker Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Einleitend ist als Tatsache festzuhalten und auch anlässlich von Wahlen zu beobachten, dass das Dufourschulhaus der Kristallisationspunkt für die Wahrnehmung der Bevölkerung ist, dass die Stadt Biel ihren Schulraum verlottern lässt. Der Gemeinderat nimmt dies ernst und möchte deshalb mit der Sanierung vorwärtskommen. Die Stadt Biel steht einer doppelten Herausforderung gegenüber. Einerseits müssen wir genügend Schulraum zur Verfügung stellen, andererseits sind die Gebäude teils in einem schlechten Zustand. Der Gemeinderat versucht, auf beiden Schienen voranzukommen. Vor eineinhalb Jahren haben Sie die Gesamtsanierung der Schulanlage Geyisried beschlossen, und die Bevölkerung stimmte diesem Vorhaben mit deutlich über 80% der Stimmen zu. Wie heute beim Dufourschulhaus stand dort die Sanierung der Anlage im Vordergrund und nicht der zusätzliche Schulraum. Auch heute stehen bei der Sanierungsvorlage des Dufourschulhauses das Gebäude und dessen schlechter Zustand im Vordergrund.

Letzten Frühling beantragten wir im Stadtrat den Projektierungskredit für eine Gesamtsanierung, und der Stadtrat gab dem Gemeinderat den Auftrag, eine Gesamtsanierung vorzunehmen. Damals legten wir bereits den Zustand der verschiedenen Teilgebäude dar. Es ist also nicht so, dass Sie heute eine Blackbox entdecken mit neuen Punkten. Der Gemeinderat hat aber die Vorlage tatsächlich leicht abgeändert, und dies wurde kaum erwähnt. Es handelt sich um die rund 1000 Quadratmeter Schulraum, die zusätzlich geschaffen werden sollen. Damit erfüllen wir genau die Anforderung, die in vorangehenden Voten kritisiert wurde mit der Aussage, es gäbe mit dieser Vorlage keinen neuen Schulraum. Es gibt aber deutlich mehr neuen Schulraum. Denn auch die Räume für schulnahe Nutzungen sind Schulraum. Als Sie über den Projektierungskredit befanden, hatten wir Ihnen im Bericht dargelegt, welche Nutzung für Dufour Ost vorgesehen ist. Es sollten weiterhin Tagesschulen und zusätzlich neu Logopädie, Psychomotorik und Begabtenförderung untergebracht werden. Das wurde damals bereits transparent gemacht und entspricht genau der heutigen Vorlage. Es gab also nicht plötzlich eine andere Idee, sondern der Gemeinderat entwickelte das Projekt in die gleiche Richtung weiter.

Noch ein Wort zum ersten Teil des Rückweisungsantrags und zur Idee, dass das Projekt gestaffelt umgesetzt werden soll, beginnend mit den Bereichen Fassade, Fenstern und Energieverteilung/Heizung, da diese zu den wirklich ungenügenden Elementen zählen. Dies wird so nicht möglich sein. Wird der Rückweisungsantrag so überwiesen, muss der Gemeinderat wieder das gleiche Projekt wie heute vorlegen. Machbar wäre eine reine Fassadensanierung analog zu derjenigen am Kontrollgebäude. Damals schlug der Stadtrat aus energetischen Gründen vor, gleich auch noch die Fenster zu erneuern. Schon damals antwortete der Gemeinderat, dass dafür ein Baugesuch erforderlich wäre. Dasselbe gilt für das heute diskutierte Vorhaben

auch. Um eine Baubewilligung zu erhalten, müssten alle anderen Punkte auch aufgenommen werden, die den heutigen Anforderungen nicht genügen. Dazu kommen der Brandschutz, die elektrischen Anlagen, die Anforderungen der Behindertengerechtigkeit, der Sicherheit usw. Manche mögen dies bedauern, aber es ist nicht möglich, Fassaden, Fenster und Energieverteilung isoliert anzugehen. Entweder kann die Fassade saniert werden ohne Fenster und Energieverteilung, oder dann müssen alle Anforderungen erfüllt werden inklusive Brandschutz usw. Das Gebäude ist in einem schlechten Zustand, auch wenn die Bausubstanz gut ist. Diese beiden Aussagen schliessen sich gegenseitig nicht aus. Die Bausubstanz umfasst beispielsweise das Fundament des Gebäudes, das etwa hinsichtlich der Erdbbensicherheit überprüft werden musste, und ist gut. Aber alles andere ist in einem absolut lamentablen Zustand. Deshalb ist die vom Gemeinderat vorgeschlagene verhältnismässige Sanierung richtig. Die Fenster sind einfach verglast, was es wohl sonst nirgends in der Stadt Biel mehr gibt. Die Heizung ist hundertjährig, die Elektroinstallation ist ohne Erdung und mit Textilisolation ausgestattet. Die Sanitärinstallationen sind schlicht «grusig», man kann es nicht anders sagen. Und die Fassade ist sanierungsbedürftig. Es ist also gerechtfertigt, die Sanierung gemäss Ihrem Auftrag an den Gemeinderat im letzten Frühling mit diesen verschiedenen Arbeiten anzugehen.

Und noch kurz zu den Fragen von Herrn Hamdaoui: Wenn der Rückweisungsantrag in der aktuellen Form überwiesen wird, werde ich morgen die gleiche Vorlage zur Diskussion in zwei Monaten einreichen, weil ich den Antrag mit den baulichen Anforderungen so nicht erfüllen kann. Die Kosten für eine reine Fassadensanierung ohne Fenster und Energieverteilung belaufen sich auf rund CHF 300 Mio. Der Sanierungsbedarf ist aber dringend, da das Gebäude den Vorschriften und auch den Sicherheitsvorschriften absolut nicht mehr entspricht. Es ist deshalb angebracht, jetzt zu handeln, und wir sind schon sehr spät dran. Ich bitte Sie deshalb im Namen des Gemeinderats darum, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport: Je souhaiterais apporter des compléments qui semblent utiles par rapport aux arguments qui sont avancés dans la proposition de renvoi. Le porte-parole du FDP avance que tous les frais investis n'apportent aucun changement à l'utilisation de ce bâtiment. J'espère que vous savez que, dans la réalité, ce n'est pas le cas. Il y a un grand changement dans l'utilisation de ce bâtiment. Il est vrai que l'école à journée continue reste dans ces locaux, mais le bâtiment dans son ensemble deviendra un grand centre de compétence pour les besoins et ressources pédagogiques complémentaires de l'école publique. Aujourd'hui, ces services sont dispersés dans plusieurs endroits du centre-ville. Grâce au projet présenté, ces différents services pourront être rassemblés au même endroit. Avec les nouveaux espaces qu'offriront les combles, des lieux d'exercices et d'activités seront créés et amélioreront la prestation pédagogique pour les élèves francophones et alémaniques. Je comprends que le Conseil de ville dise que la création de classes est plus importante.

Toutefois, il se trouve qu'un plan assez précis existe pour couvrir les besoins scolaires au centre-ville. Je vous donne rapidement quelques informations comme, par exemple, la création de plusieurs classes avec la rénovation et l'extension de l'école de la Plänke. Les infrastructures scolaires sont en cours d'élargissement à la rue des Prés, avec les bâtiments industriels. L'achat de ces bâtiments va être proposé au Conseil de ville afin

de compléter l'offre en locaux scolaires pour la Ville. On travaille déjà aussi à la rénovation de l'école des Platanes, sans oublier le projet de construction de l'école de la Champagne que vous connaissez déjà. Malgré les oppositions à la votation populaire du week-end dernier, nous avons la possibilité de conserver au Pré Wildermett les classes provisoires enfantines jusqu'à ce que nous ayons la possibilité de construire sur le parc Heuer. Cela veut dire que la rénovation de l'école Dufour, comme présentée, fait sens dans ce plan que je viens de vous présenter.

Dernière remarque importante, si ces projets sont réalisés, on peut garantir qu'il n'y aura pas de soucis concernant les locaux scolaires au centre-ville pendant les dix prochaines années. Je ne parle pas de Boujean et de «Mühlefeld», car vous connaissez les problèmes pour ces lieux. Il ne faut pas opposer les salles de classes à l'école à journée continue. Il n'y a pas de priorité à faire, car tout est important pour les élèves et pour l'enseignement.

Abstimmung

- über den Rückweisungsantrag der Fraktionen FDP/PRR

Der Rückweisungsantrag wird abgelehnt.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Bevor die Sitzung unterbrochen wird, Stimmen wir über die Begründung der Dringlichkeit ab.

45. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20190424, Wiher Max, GLP, «Sponsoring von Abstimmungsveranstaltungen durch die Stadt Biel?»

Wiher Max, Fraktion GLP+: Die Interpellation ist dringend, weil sie das Projekt AGGLOlac betrifft und deren Beantwortung vor der Abstimmung oder wenn möglich sogar noch zusammen mit der Behandlung des Geschäfts im Rat erfolgen sollte. Ich danke für die Unterstützung von ihrer Dringlichkeit.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

Sitzungsunterbruch: 20.20 Uhr–21.25 Uhr

44. 20180136 Schulhaus Dufour Ost und West / Gesamtsanierung / (Fortsetzung)

Wendling Cécile, GPK: Die GPK hat den Verpflichtungskredit für die Schulanlage Dufour geprüft. Der Projektierungskredit, der dem Stadtrat zur Genehmigung vorgelegt wurde, ging in einer ersten Grobkostenschätzung von Baukosten in der Höhe von CHF 13,8 Mio. aus. Damals war bereits klar, dass zusätzliche Kosten anfallen würden, insbesondere für Umzug, Provisorien, Altlasten, Mobiliar und ausserordentliche Betriebseinrichtungen. Heute liegt der Verpflichtungskredit zur Genehmigung vor, und

wir müssen Mehrkosten von rund CHF 4,5 Mio. feststellen. Diese ergeben sich aus Kosten für Provisorien von rund CHF 770'000 und aus zusätzlichen Kosten für Mobiliar und Natursteinarbeiten. Besonders ins Gewicht fällt mit rund CHF 2,3 Mio. der neu vorgesehene Dachausbau. Im Total ergibt das einen Verpflichtungskredit von CHF 18,3 Mio. Mit dem Ausbau des Dachstocks kann dringend benötigter zusätzlicher Raum für eine schulnahe Verwendung erschlossen und gleichzeitig das Gebäude Dufour West für eine andere Verwendung freigehalten werden. Momentan ist dieses an die sanu future learning AG vermietet, was auch dem Gebot der Wirtschaftlichkeit des Dachausbaus entspricht. Die Stadt Biel benötigt dringend Schulraum, das wurde bereits gesagt.

Aus Sicht der GPK nicht schlüssig beantwortet ist aber die Frage der Nutzung des Dufourschulhauses als Schulhaus oder eben nur für schulnahe nicht schulische Nutzungen. Zu diesem zentralen Punkt wurde auch nicht transparent informiert. Im Bericht des Gemeinderats vom März 2019 wurde noch festgehalten, dass das Gebäude Dufour Ost auch künftig schulische und schulnahe Nutzungen ermöglichen soll. Gemäss dem heute vorliegenden Bericht wird das Gebäude aber nur noch schulnahen Nutzungen Platz bieten, weil es sich aufgrund der zu kleinen Räume nur sehr bedingt als Schulgebäude eigne. Gemäss Abklärungen der GPK können günstige Raumproportionen, welche die pädagogischen Anforderungen an Schulraum erfüllen, nicht durch räumliche Anpassungen an der inneren Struktur geschaffen werden. Deshalb wurde von der Nutzung als Schulraum abgerückt. Explizit erwähnt wird dies aber im Bericht des Gemeinderats nicht. Als der Gemeinderat informierte, dass die Sanierung keine künftige Nutzung präjudiziere, hätte er bereits wissen und darüber informieren müssen, dass die Nutzung als Schulraum zumindest für den Teil Ost ausgeschlossen ist. So liess man den Stadtrat 2019 im falschen Glauben, dass mittelfristig dringend notwendiger Schulraum zur Verfügung stehen würde. Die Problematik des fehlenden Schulraums wird also mit dieser Vorlage nicht direkt entschärft. Die GPK stimmt dem Geschäft aber gleichwohl zu, weil das Gebäude unbestrittenermassen dringend sanierungsbedürftig ist und als historisches Gebäude vor dem Zerfall gerettet werden muss, auch zur Verbesserung der Attraktivität der Innenstadt. Und dessen Nutzung für die ebenfalls notwendigen schulnahen Einrichtungen ermöglicht es, an anderen Standorten Platz für schulische Nutzungen zu schaffen.

Zumstein Joël, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Der vorliegende Bericht trägt den Titel «Sanierung der Schulanlage Dufour». So wird auch das Abstimmungsbüchlein betitelt sein. Der Begriff «Schulanlage» ist aber irreführend, da in diesem Gebäude kein Schulunterricht im engeren Sinne mit Lehrpersonen, Schülerinnen und Schülern stattfinden wird. Natürlich kann man einwenden, dass es bei Tagesschulen, pädagogischen Nutzungen usw. um schulische oder schulnahe Nutzungen geht. Aber mit diesem Titel wird das Stimmvolk im Glauben belassen, dass mit dem Sanierungskredit die Problematik des Schulraums in der Stadt Biel gelöst werden könnte. Dem ist aber nicht so. Das Gebäude wird in naher Zukunft nicht für den Schulklassenunterricht genutzt werden, denn der Gemeinderat schreibt in seinem Bericht, dass sich die Räume nur bedingt dazu eignen. Das ist eine diplomatische Art, zu sagen, dass in diesem Gebäude nie mehr Schulunterricht stattfinden wird. Das Geschäft ist eine Mogelpackung sowohl gegenüber dem Stadtrat als auch gegenüber dem Volk. Es suggeriert, dass man mit diesem Verpflichtungskredit ein Problem lösen könne, was nicht zutrifft.

Den Ausbau des Dachstocks als Teilaspekt des vorliegenden Geschäfts unterstützt unsere Fraktion nicht, da wir dessen Nutzen und Mehrwert nicht sehen. Aus diesen Gründen hatten wir sehr grosse Sympathien für den Rückweisungsantrag. Einerseits ergibt es keinen Sinn, zusätzliche Investitionen in ein Gebäude dieses Alters zu tätigen. Andererseits ist es unlogisch, im obersten Geschoss einen Gymnastiksaal einzurichten und darunter schulische oder schulnahe Nutzungen vorzusehen. Wo ich Schule hatte, war es in der Regel ruhig, und ich hoffe, jemand hat sich zu den Lärmbelastungen im Stock darunter Gedanken gemacht. Zum dritten Argument Sicherheit steht im Bericht, dass die Statik nicht mehr den Vorschriften eines Neubaus genüge. Auch bezüglich Brandschutz sei der Teil West in einem kritischen Zustand. Aufgrund der alten Bausubstanz muss auf eine Sprinkleranlage verzichtet werden, was ich erstaunlich finde. An dieser Stelle zweifle ich denn auch am Nutzen des Denkmalschutzes und hoffe, dass aufgrund dieses Schutzes niemand Schaden nimmt und es in diesem Gebäude auch nie zu einem Brand oder sonstigen Unfällen kommen wird.

Sie müssen sich bewusst sein, dass Sie mit der Unterstützung des gemeinderätlichen Sanierungsprojekts eine Mitverantwortung dafür tragen. In diesem Sinn hat die Fraktion SVP/Die Eidgenossen die drei Gegenargumente für das Abstimmungsbüchlein vorbereitet und wird das Geschäft ablehnen.

Frank Lena, Fraktion Grüne: Das heute so genannte Dufourschulhaus ist ein historisches Erbe der Stadt Biel. Es war immer ein Ort, an dem Soziales und Bildung zum Wohl der Stadt erfolgte. Es war das erste Spital von Biel und seit über zweihundert Jahren eines der ältesten Schulhäuser der Stadt. Und die Bausubstanz ist nach sage und schreibe fünfhundert Jahren immer noch solide. Das Gebäude verfügt über eine hohe Raumqualität und ein gutes Klima. Beschämend ist der Zustand der Fassade, da sind wir uns alle einig. Vor einiger Zeit mussten denn auch Gerüste zum Schutz der Passantinnen und Passanten installiert werden. Seither wirkt es noch verlotterter.

Für die Grünen ist es wichtig, dass die Renovation erfolgt, und zwar innen und aussen. Das Projekt wurde sorgfältig und sinnvoll aufgelegt. Die Vorschläge, nur die Fassade zu renovieren und auf den Innenausbau zu verzichten, würden zu Einsparungen von höchstens einem Fünftel der Gesamtkosten führen. Müsste zusätzlich noch weiterer Schulraum geschaffen werden, würden die Kosten garantiert nicht tiefer ausfallen, da das ganze Projekt neu beurteilt werden müsste mit weiteren Statikabklärungen usw. Denn es geht ja nicht einfach darum, eine Wand herauszuschlagen. Schliesslich würde damit der Innenausbau sicher teurer als die jetzt vorgesehenen CHF 3 Mio. Dazu kommt, dass es die kantonalen Vorgaben gar nicht erlauben würden, im jetzigen Gebäude Schulraum für Regelklassen zu installieren. Wenn man also nicht viel mehr Geld investieren möchte, muss die heutige Raumaufteilung so belassen werden wie heute. Deshalb ist es sehr sinnvoll, dass die Räumlichkeiten weiterhin von Tagesschulen genutzt werden, deren Betrieb notabene auch einer kantonalen Vorgabe entspricht. Auch die Sonderpädagogik ist im Gebäude gut untergebracht.

Verhelfen wir der Stadt Biel wieder zu einem Bijou im Stadtzentrum, machen wir die Innenstadt wieder lebendiger und zu einem Ort, in dem sich die Menschen gerne aufhalten. Die Renovation des Dufourschulhauses ist ein erster Schritt in diese Richtung.

Gonzalez Glenda, au nom du Groupe PSR: De l'avis général, les façades nécessitent une rénovation. Madame Schwickert nous a expliqué qu'une rénovation simple équivaldrait à une dépense d'environ 3 millions de fr. et qu'elle ne résoudrait aucunement les problèmes à l'intérieur du bâtiment, comme la répartition de la chaleur et les dépenses d'énergie. Bon nombre d'entre nous sont sensibles à ces arguments, car nous ne pouvons plus, aujourd'hui, nous offrir le luxe de cette dépense d'énergie. Si nous refusons d'entrer en matière pour cette rénovation complète, cela aura pour conséquence que les coûts vont augmenter à terme. Il est impossible que les coûts restent à hauteur de 18,5 millions de fr. si nous procédons par étapes.

Par ailleurs, un processus par étapes impliquerait que les élèves des classes normales seraient considérés différemment de ceux qui ont recours à l'école à journée continue ou aux services de logopédie, psychomotricité, y compris le soutien aux élèves à haut potentiel. Ces élèves peuvent-ils rester dans des locaux décrépis, mal chauffés et mal isolés? Au nom de quoi pouvons-nous décider d'agir ainsi aujourd'hui? Il est vrai que je parle sur un ton indigné mais cela me fâche vraiment d'entendre ces gens bienveillants qui, pour différents motifs, ont refusé les projets de rénovation de l'école du Marché-Neuf ou de la place de la Gare. Tous ces projets visaient à rajeunir, rénover et rendre notre centre-ville plus attractif pour les enfants, les piétons, les familles et aussi le trafic motorisé. Si maintenant, le bâtiment de la rue Dufour n'est pas non plus pas rénové alors que, de l'avis général, il est absolument indispensable de le faire, si nous ne saisissons pas l'occasion d'en faire un «bâtiment phare» de ce quartier qui, je vous le rappelle, se dépeuple, nous ratons l'occasion de réaliser une vision et d'oser faire quelque chose de neuf pour les enfants, les familles et aussi pour les enseignants qui travaillent quotidiennement dans ces locaux.

Il est vrai que, lors de la présentation du Conseil municipal du 3 février, le PSR était représenté en force. Nous étions quatre conseillers de ville sur six à nous être mobilisés afin d'aller voir ces locaux pour comprendre en quoi cette rénovation consistait. On ne peut pas dire que la représentation de tous était aussi bonne, nous avons tous nos obligations et nos priorités! Si toutefois vous étiez venus visiter ce bâtiment, vous comprendriez l'utilité du projet. Dire qu'il est absurde de faire une salle de gymnastique dans les combles est bien juste, mais il s'agit de locaux destinés à la psychomotricité.

Outre ces aspects d'ordre général, j'aimerais encore rappeler que Madame Steidle a martelé que le Conseil municipal est responsable, qu'il cherche à optimiser les ressources et que la confiance est de mise dans son travail. Ici, il s'agit effectivement d'optimiser les ressources. Je conviens que 18,5 millions de fr. représentent une certaine somme, mais par rapport à la plus-value que cela pourrait apporter, c'est important de les investir. Je fais également confiance au regard acéré de Madame Steidle qui veille à ce que les ressources de la Ville soient optimisées.

Sprenger Titus, Fraktion Einfach libres!: Der externe Sanierungsbedarf ist nicht bestritten, alle sehen ihn jeden Tag. Wir diskutieren vor allem über den Innenausbau. Aus Sicht der Fraktion Einfach libres! ist der Bericht des Gemeinderates angesichts der Ausgaben von CHF 18 Mio. relativ knapp gehalten, und er zeigt nicht wirklich, wo das Geld letztlich investiert wird. Wenn die Vorlage im Stadtrat angenommen wird, so hoffen wir, dass diese Informationen in der Abstimmungsvorlage deutlicher aufgeführt werden. Ein paar Bilder der inneren Räumlichkeiten dürften hier helfen; der Informationsanlass gab diesbezüglich einen sehr guten Einblick. Vielleicht könnte man,

sofern es zu einer Abstimmung kommt, eine Art Tag der offenen Tür machen, damit die Leute sehen können, wie das heute innen tatsächlich aussieht. Wir bestreiten das Geschäft nicht und werden der Vorlage zustimmen. Wir wünschen aber, dass bei den Provisorien so weit wie möglich auf Container verzichtet wird, da die Bauphase doch immerhin eineinhalb Jahre dauern wird und gerade im Winter ein fester Bau Containern vorzuziehen wäre.

Strässler Thomas, Fraktion FDP: Vieles wurde schon gesagt, was ich nicht wiederholen möchte. Betonen möchte ich aber, dass die Fraktion FDP nicht gegen die Renovation des Dufourschulhauses ist. Wir sehen die Notwendigkeit, etwas zu tun, finden aber den Kostenrahmen entgegen den Ausführungen der Vorlage nicht «massvoll». Es gäbe sicher Möglichkeiten, die Sanierung günstiger und kostenbewusster auszuführen. Wir haben den Eindruck, dass es verrückt ist, CHF 18,35 Mio. für ein Gebäude zu investieren, das auch nach der Sanierung nicht den heutigen energetischen Vorgaben entsprechen wird. Das ist unverhältnismässig, und wir fragen uns, ob für diesen Betrag nicht eine richtige Sanierung möglich wäre. Wir werden diesem Geschäft nicht zustimmen. Nicht weil wir gegen die Sanierung des Dufourschulhauses sind, sondern weil die Kosten zu hoch sind. In diesem Sinn beantragen wir die Ablehnung.

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Sie sagen, es handle sich nicht um Schulraum. Aber Logopädie, Psychomotorik und Begabtenförderung gehören zur Schule. Das ist klar definiert im neuen Lehrplan 21 (mit dem ich ansonsten auch nicht restlos zufrieden bin). Da diese Nutzungen zur Schule gehören, handelt es sich also auch um Schulraum. Die Schule verändert sich schnell. Die schulergänzenden Angebote gehören dazu und sind wichtig. Es gibt Kinder, die Defizite haben. Diese können mit ergänzenden Angeboten aufgearbeitet werden, sodass die Kinder im regulären Schulunterricht nicht zurückfallen, sondern gefördert werden können. Das Projekt selbst mag zwar viel Geld kosten, ist aber trotzdem immer noch weniger teuer, als wenn man das ganze Haus neu erstellen müsste. Dazu kommt, dass die Denkmalpflege des Kantons Bern einen substanziellen Betrag übernehmen wird, und zwar sowohl für die Aussenrenovation als auch für die Innenrenovation bzw. für die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands, soweit dies möglich ist. Es geht also nicht nur darum, einen Schulraum zu gestalten, sondern vor allem darum, das Gebäude für unsere Stadt Biel zu erhalten. Und gleichzeitig können wir es für wichtige Zusatzangebote nutzen. Die ganze Renovation ist wichtig, weshalb die SP/JUSO-Fraktion zu diesem Projekt einstimmig Ja sagt.

Brunner Thomas, EVP: Im Rückweisungsantrag wird die Unionsgasse erwähnt. Es würde mich persönlich interessieren, was mit den frei werdenden Räumlichkeiten in der Unionsgasse und an anderen Standorten passieren wird. Ergeben sich da weitere Möglichkeiten, die es erlauben würden, das Projekt als Ganzes zu unterstützen?

Stolz Joseline, PSR: Je ne vais pas répéter tout ce qui a été dit jusqu'à présent, mais je souhaite tout de même témoigner par rapport au Collège Dufour. Je voudrais aussi vous rappeler depuis combien de temps cette rénovation est attendue. Il est vrai que nous avons besoin de classes en plus. Mais l'école a aussi besoin de locaux pour l'encadrement scolaire, puisque près de 200 élèves sont reçus chaque jour au Collège Dufour. Il s'agit des élèves de l'école du Marché-Neuf, de l'école enfantine de l'Union et de la rue Ernest-Schüler qui gravitent autour du Collège Dufour. Ces enfants ont

besoin d'une école à journée continue, qui est une offre de l'école soutenue par le Conseil de ville. Je vous rappelle que les services de soutien spécialisé ont des besoins avérés. L'occupation des combles ne sera pas un luxe car cela permettra un travail de qualité avec des enfants qui ont des difficultés. Il est donc important d'avoir des locaux adaptés. L'école à journée continue et les centres de ressources pédagogiques qui sont fréquentés par de nombreux élèves francophones et alémaniques de toute la ville doivent pouvoir disposer de locaux adaptés et surtout sécurisés. J'espère bien que l'extension du Dufour et l'aire Heuer pourront se faire dans un deuxième temps. Je pense surtout que ne rien faire va coûter encore plus cher. Je vous rappelle enfin que l'école de la Plänke n'a pas été rénoverée en une fois, mais en deux.

Loderer Benedikt, Grüne: Grundsätzlich überschätzen Sie die Frage der Nutzung. Das Dufourgebäude steht nun über fünfhundert Jahre, begann seine Karriere als Kloster, wurde dann zu einem Spital und später zu einer Schule. Und nun soll genau die Nutzung gefunden werden, die das arme Ding die nächsten hundert Jahre haben soll? In hundert Jahren wird das Gebäude einen ganz anderen Nutzen haben. Bitte passen Sie Ihre Nutzungsvorstellungen dem Gebäude an und nicht umgekehrt. Es geht nicht darum, dem Gebäude eine Nutzung aufzuzwingen, die gerade nötig ist, sondern dass überlegt wird, was mit dem Gebäude vernünftigerweise angestellt werden kann. Es ist deshalb klug, im Projekt nur das vorzusehen, was wirklich gemacht werden muss.

Mein zweiter Punkt ist noch viel grundsätzlicher. Es ist allgemein anerkannt, dass es sich um ein Schutzobjekt handelt und dass der liebe Freisinn die Sache nicht zu Ende denkt. Wenn er nämlich wirklich Mut hätte, mehr sparen und mehr Schulraum und Klassenzimmer schaffen möchte, hätte er sich dafür aussprechen sollen, das Gebäude aus dem Inventar der schützenswerten Bauten zu entlassen. Dann könnte das Gebäude endlich abgerupft werden und an der wunderbaren Lage mitten in der Altstadt ein vernünftiges, grösseres, schöneres und brauchbareres Gebäude bauen. Aber dafür fehlte offensichtlich der Mut.

Hamdaoui Mohamed, PDC: J'ai envie de vous dire: soyez bons joueurs! Vous avez déposé, tout à l'heure, une proposition de renvoi qui avait un sens, qui était logique et cohérente. Vous avez entendu les réponses et arguments du Conseil municipal qui ont fait mouche auprès de la majorité du Conseil de ville, lequel a décidé qu'il y avait urgence à agir. Je ne vous comprends plus, car certains d'entre vous disent qu'ils voteront contre ce projet, sans pour autant être contre la rénovation. Je ne comprends pas où est la cohérence. Je vous rappelle que si le Conseil de ville dit non à ce projet, cela revient à ne pas laisser le peuple s'exprimer sur un sujet qui lui tient particulièrement à cœur. De grâce, n'ayez pas peur du peuple, acceptons ce projet, débattons de la situation et, à la fin, la population décidera d'un oui ou d'un non. Il faut évoquer le peuple aussi quand, parfois, il n'est pas d'accord avec vous.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Zuerst danke ich der GPK für ihre Nachfragen und ihre Unterstützung für das Geschäft. Die GPK hat gut rekapituliert, worum es bei den Kosten geht. Und wenn ich vor allem auch Herrn Strässler richtig verstanden habe, so geben vor allem die kostenbezogenen Überlegungen den Ausschlag dafür, das Projekt nicht unterstützen zu wollen.

Ich möchte deshalb noch einmal kurz auf die Kosten eingehen. Im Projektierungskredit war von CHF 13,8 Mio. die Rede. Richtigerweise wurde erwähnt, dass damals die

Kosten für Mobiliar, Umzug, Betriebseinrichtungen, Schulprovisorium usw. noch nicht aufgeführt wurden und wie angekündigt erst in der heutigen Vorlage beziffert werden konnten. Mit diesen Kosten weichen wir aber nur etwa um 5% von der ursprünglichen Kostenschätzung ab – was schon fast einer Punktlandung entspricht, da erfahrungsgemäss Abweichungen in der Grössenordnung von 25% normal sind. Es gab gewisse Kostenverschiebungen, aber keine grossen Überraschungen. Neu dazugekommen ist wie erwähnt tatsächlich der Dachstock, der ursprünglich nicht geplant war. Der schlägt mit knapp CHF 2,5 Mio. zu Buche und erklärt die Differenz zum Projektierungskredit. Der Gemeinderat erachtet es aber als wichtig und richtig, diese 1000 Quadratmeter zu nutzen. Herr Zumstein hat vielleicht recht, dass der aktuelle Titel der Vorlage etwas irreführend ist, da nur von der Sanierung der Schulanlage die Rede ist. Vielleicht müsste der Titel ergänzt werden mit dem Zusatz «Schaffung von neuem Schulraum». Denn mit den 1000 Quadratmetern wird sowohl saniert als auch neuer Schulraum geschaffen.

Was Statik und Brandschutz betrifft, so werden Sie nach der Sanierung ruhiger schlafen können als heute. Die Statik entspricht in der Tat nicht den Anforderungen für Neubauten. Aber Altbauten haben andere Anforderungen zu erfüllen als Neubauten, und das Projekt entspricht diesen Anforderungen, da es ansonsten auch keine Baubewilligung geben würde. Auch die Massnahmen zum Brandschutz im West- wie im Ostteil sind mit der Gebäudeversicherung Bern (GVB) abgesprochen, wobei die Anforderungen für Dufour West niedriger sind, da dieser Teil nur von Erwachsenen genutzt wird. Wird ein Gebäude auch von Kindern genutzt, sind die Anforderungen höher. Das Projekt ist also absolut gesetzeskonform und auch von Fachleuten wie zum Beispiel von der Gebäudeversicherung Bern (GVB) abgesegnet.

Auf die Frage von Herrn Brunner zum Schulhaus an der Unionsgasse wird Herr Némitz eingehen. Die Anregungen von Herrn Sprenger nehme ich gerne auf; ich kann aber heute noch nicht versprechen, dass für das Provisorium auf Container verzichtet werden kann. Denn wir werden erst zu Beginn der eigentlichen Arbeiten in rund eineinhalb Jahren sehen, welche geeigneten Lösungen sich auf dem Markt finden lassen. Vielleicht können leer stehende Räumlichkeiten in der unmittelbaren Nähe gemietet werden, was sicher eine gute Lösung wäre. Aber eventuell muss dann doch ein Teil für eine kurze Zeit in Provisorien untergebracht werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung. Wie Herr Hamdaoui gesagt hat, wäre es gut, wenn die Bevölkerung über diese Vorlage befinden könnte. Es war ihr schon lange ein Anliegen, sich zu einem Sanierungsprojekt des Dufourschulhauses äussern zu können. Dies könnten Sie heute Abend ermöglichen.

Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport: Je le répète une dernière fois: l'école c'est l'école! Die Tageschule ist auch Schule. Logopädie und Psychomotorik, das ist Schule. Alles ist Schule! Tout est école. L'école à journée continue et la psychomotricité, c'est l'école. Aujourd'hui, nous ne sommes plus dans la configuration de l'école avec un maître et un tableau noir. Nous avons besoin d'une solution durable pour l'école. Une solution est recherchée, non seulement pour le centre-ville, mais pour toute la ville. Cela comprend des locaux qui conviennent bien comme locaux scolaires et qui pourront le rester pour de nombreuses années. Le bâtiment de la rue de l'Union n'est absolument pas adapté pour des classes, même si c'est un collège, car il n'y a pas d'espaces extérieurs. Nous savons que ce bâtiment

n'est pas adapté pour des utilisations scolaires. De ce fait, l'école Dufour, qui n'est pas très adaptée pour les classes, mais dispose d'un espace extérieur, se prête parfaitement à une utilisation pour la Tageschule et les mesures pédagogiques. Que fait-on avec le bâtiment de la rue de l'Union? L'idée est de quitter la rue de l'Union et de libérer ce bâtiment. À ce moment-là, la Ville et vous aussi pourrez réfléchir à une utilisation aussi raisonnable que possible. Pourquoi ne pas le vendre, si l'on se rend compte que l'on n'en a plus besoin dans l'avenir?

Dernière remarque personnelle: le vieux monastère de l'ordre de Saint-Jean qui est centenaire va être rénové. Un des objectifs de cette rénovation est de retrouver l'esprit du monastère. C'est tout de même extraordinaire que cette architecture monastique qui est éternelle puisse aujourd'hui avoir une utilité pour notre société. J'espère, Monsieur Loderer, que cette utilité pourra servir pour plus que cent ans car cela en vaut vraiment la peine.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 18. Dezember 2019 betreffend «Sanierung der Schulanlage Dufour, Verpflichtungskredit» und gestützt auf Artikel 40 Absatz 1, Ziffer 1, Buchstabe a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1) **mit 37 Ja-Stimmen zu 15 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen:**

I. Den Stimmberechtigten wird die Zustimmung zum folgenden Gemeindebeschlussentwurf empfohlen:

Die Einwohnergemeinde Biel beschliesst nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 19./20. Februar 2020 und gestützt auf Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1)

1. Das Bauprojekt «Sanierung der Schulanlage Dufour» wird genehmigt und dafür ein Verpflichtungskredit von CHF 18'350'000.00 bewilligt.
 2. Mehrkosten aufgrund von Teuerung oder Erhöhungen der Mehrwertsteuersätze gelten als genehmigt.
 3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt. Er wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, sofern sie den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat wird ermächtigt, diese Kompetenzen an die zuständige Direktion zu delegieren.
- II. Der Entwurf für die Botschaft des Stadtrates an die Stimmberechtigten wird mit Änderungen genehmigt.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Bezüglich der Botschaft schlage ich vor, dass die Fraktionen bis morgen Vormittag dem Ratssekretariat einen konsolidierten Vorschlag zustellen, sodass wir die Botschaft morgen beraten können.

Dem Vorschlag wird **stillschweigend zugestimmt**.

46. 20190438 Unterbringung von zwei Kindergartenklassen im Alterszentrum Cristal / Mietvertrag und Mieterausbau / Verpflichtungskredit

Tanner Anna, GPK: Auch bei diesem Geschäft geht es um den Schulbetrieb, genauer gesagt um zwei Kindergartenklassen. Die Stadt Biel braucht zusätzlichen Schulraum, und dieser wurde in einem Nebengebäude des Alterszentrums Cristal gefunden, das Betagtenwohnungen beherbergt. Das Untergeschoss kann umgebaut werden, um zwei Kindergartenklassen unterzubringen. Die GPK findet diese Lösung sinnvoll, da sie eine Durchmischung der Generationen erlaubt, die für beide Seiten und das Quartier extrem bereichernd ist. Natürlich müssen gewisse Anpassungen erfolgen, da der Raum nicht einfach von heute auf morgen als Kindergarten genutzt werden kann. Dafür muss Geld investiert werden, aus Sicht der GPK sogar relativ viel Geld. Auf Nachfrage der GPK zeigte die zuständige Direktion aber auf, dass sich die Kosten mit der guten Qualität der Arbeiten erklären und sich so auch aus Sicht der GPK rechtfertigen lassen. Der Preis setzt sich aus zwei Teilen zusammen, nämlich den Umbaukosten und der Miete. Die Stiftung des Alterszentrums übernimmt zudem die Kosten für den nutzungsneutralen Ausbau. Insgesamt befand die GPK, dass das Dossier zu dieser teuren Vorlage detailliertere Informationen hätte aufführen müssen, beispielsweise zu den Vertragspartnern, den mit dem Umbau beauftragten Unternehmen, den Architekten sowie zum Vertrag selbst. Trotzdem empfiehlt die GPK, das Geschäft anzunehmen.

Roth Myriam, au nom du Groupe Les Verts: Le Groupe Les Verts rejoint l'avis de la Commission de gestion. Il s'agit d'un beau projet et les deux parties vont pouvoir profiter de ces échanges. Merci de le soutenir.

Gerber Andreas, Fraktion FDP: Grundsätzlich ist die Fraktion FDP ebenfalls für die Annahme des Geschäfts. Es ist wieder eine Frage von «Vogel, friss oder stirb», denn wir brauchen die Räumlichkeiten unbedingt. Die Kosten sind nicht zu unterschätzen, vor allem der Quadratmeterpreis von CHF 400. Ich denke aber, sie sind gerechtfertigt, da die Räume wohl auch für andere Nutzungen verwendet werden könnten, die entsprechend mehr rentieren dürften. Wir empfehlen deshalb, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen.

Ogi Pierre, au nom du Groupe PSR: Il s'agit d'un projet très important pour les différentes générations, aussi bien pour les enfants que pour les personnes âgées. Cela a toujours été un des créneaux du Parti socialiste qui, de tout temps, a lutté pour les personnes âgées, les enfants, et pour toute personne dont on doit s'occuper. Certaines personnes n'iront jamais habiter dans un immeuble où il y a une place de jeux, et d'autres iront justement habiter là, pour entendre les bruits des enfants qui jouent. Ce n'est pas la même chose que dans une école où des cours de musique qui auraient lieu le soir pourraient faire fuir certains locataires. Le projet proposé ne va pas uniquement créer des liens entre les tout-petits et les personnes âgées, mais aussi avec toutes les personnes qui prennent soin de ces différentes classes d'âge. Ce qui me plaît particulièrement, c'est le prix qu'il faut payer pour cela. Il faut payer cher, mais le home appartient à la Ville et chaque centime qui sera donné va bénéficier à ce home afin d'en améliorer la qualité et investir. Je vais vous dire que j'ai rarement vu avec autant de plaisir un projet aussi bien ficelé. Pour une fois, on a le beurre, l'argent du beurre, la crémière et la montagne.

Rochat Julien, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Le Groupe UDC/Les Confédérés ne voit pas de raison de s'opposer au crédit d'engagement de 974'000 francs. Notre groupe estime qu'il est important d'avoir des classes en suffisance vu la constante augmentation de la population. Le fait de mettre des enfants en contact avec des personnes âgées ne peut être que bénéfique pour les deux parties. Cela pourrait même mettre en avant des idées futures visant à développer une cohabitation entre ces deux classes d'âge, dans le cadre d'éventuels prochains projets d'écoles. C'est pour cette raison que le Groupe UDC/Les Confédérés accepte le crédit d'engagement.

Strobel Salome, Fraktion SP/JUSO: Auch die Fraktion SP/JUSO unterstützt dieses Geschäft grundsätzlich. Es gab dazu aber eine längere Diskussion und einige Fragen. Wie die GPK bedauern wir, dass für einen solch hohen Kredit nur ein Minidossier erstellt wurde. Es hätte sich durchaus gerechtfertigt, den Stadtrat mit detaillierteren Informationen zu bedienen. Wir sind etwas weniger euphorisch, was die Kosten angeht. Insbesondere scheint der Mietpreis angesichts des generellen Preisniveaus in Biel etwas hoch. Bedauerlich ist auch, dass die Aussenfläche für einen Kindergarten etwas dürftig ausfällt und dass sich die beiden Kindergartenklassen den Aussenraum nicht teilen. Aber vermutlich lässt sich das nicht anders lösen. Trotz diesen Einwänden stimmt die Fraktion SP/JUSO dem Kredit zu. Die Integration eines Kindergartens in ein Gebäude mit Alterswohnungen ist ein spannendes Projekt. Auch der Standort mitten im Quartier könnte nicht besser sein, da er sichere Kindergartenwege für alle Kinder gewährleistet. Es braucht Kindergarten- und Schulraum, und dieses Vorhaben bringt diesbezüglich eine Entlastung.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Danke für die gute Aufnahme des Geschäfts. Ich denke, es ist ein gelungenes Geschäft, gerade wegen der Durchmischung der Generationen und des Standortes. Dass die Dossiers künftig mehr Informationen enthalten sollten, nehmen wir uns zu Herzen. Auf Wunsch des Stadtrats haben wir bei dieser Vorlage die Pläne beigelegt, damit man sich das Projekt besser vorstellen kann. Aber wir werden versuchen, künftig ausführlicher zu informieren. Es ist ein Glücksfall und sinnvoll, dass wir in diesem Gebäude die beiden Kindergartenklassen unterbringen können. Die Umbaukosten beinhalten nur den mieterspezifischen Anteil. Die gemeinnützige Stiftung für Betagtenwohnungen (FLOPA) investiert für die Räumlichkeiten rund CHF 750'000. Die Stadt bezahlt nur die Kosten für den Ausbau der Kindergärten mit einer kleinen Küche, Toiletten und Aussenraum. Klar summieren sich diese Kosten, aber sie ermöglichen eine gute und sinnvolle Lösung. Danke für die Unterstützung.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 11. Dezember 2019 betreffend Unterbringung von zwei Kindergartenklassen im Alterszentrum Cristal / Mietvertrag und Mieterausbau / Verpflichtungskredit und gestützt auf Art. 39 Abs. 1 lit. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Das Projekt Unterbringung von zwei Kindergartenklassen im Hochhaus der Stiftung für Betagtenwohnungen / Mietvertrag und Mieterausbau wird genehmigt und dafür ein Verpflichtungskredit von total CHF 974'930.00, aufgeteilt in CHF 274'000.00

unter der Nr. 54000.0558 für den Mieterausbau und CHF 700'930.00 zulasten der Kostenstelle 42400, Sachkonto 3160 00000, für die Mietkosten, bewilligt.

2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen auf dem Anteil Mieterausbau gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Er wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, sofern sie den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat wird ermächtigt, diese Kompetenzen an die zuständige Direktion zu delegieren.

47. Motion 20190211, Roth Myriam, Grüne, Scheuss Urs, Grüne, «Für eine umweltfreundlichere Werbung im öffentlichen Raum»

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 1)

Der Gemeinderat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.

Roth Myriam, Les Verts: Nous sommes d'accord avec la proposition du Conseil municipal et l'idée de régler la question dans le cadre des concessions. Il est par contre important pour nous de relever un ou deux aspects de sa réponse, peu courageuse et très juridique. Deux phrases ont retenu toute notre attention. Je cite: *«Il a en revanche procédé à une pesée des intérêts entre la protection de la santé de la population et celle de la liberté économique. Il est alors arrivé à la conclusion que l'intérêt de protéger la santé publique est supérieur à celui de protéger la liberté économique.(...) De manière générale, le Tribunal fédéral a montré que la protection de la santé publique revêt une importance particulière. En revanche, il n'a pas rendu de telle décision de principe concernant la protection de l'environnement»*. Ces phrases nous questionnent. L'impact du réchauffement climatique sur la santé publique est-il donc inexistant? Me voilà quelque peu stupéfaite! Si on pense, ne serait-ce que quelques secondes, à l'Australie qui est un exemple parmi d'autres, je serais étonnée qu'on me dise que les nuages toxiques qui émanent de ce genre d'incendies ne sont pas du tout nocifs pour la santé humaine ou animale. Malgré ces conclusions, nous suivrons tout de même l'avis du Conseil municipal.

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Da die Urheberin des Vorstosses mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden ist, stimmen wir heute über den Vorstoss als Postulat ab. Die Fraktion SP/JUSO unterstützt das Anliegen, und die Zustimmung zum Vorstoss fiel einstimmig aus. Vor einem halben Jahr riefen wir den Klimanotstand aus. Es ist eine logische Konsequenz, nun zu prüfen, ob klimaschädigende Werbung im öffentlichen Raum nicht mehr zuzulassen ist. Im letzten Jahr haben wir viel über die Klimakrise diskutiert. Dabei haben gewisse Politikerinnen und Politiker immer wieder an die Selbstverantwortung appelliert. Der Klimawandel sei ja schon ein Problem, aber wir werden es durch individuelles Handeln und Selbstverantwortung lösen, so die Haltung. Die Frage ist jedoch, wie Menschen aufhören sollen zu fliegen, wenn sie jeden Tag an Edelweissplakaten mit Aufschriften wie «Been there, done that» vorbeigehen

müssen. Wie sollen Menschen weniger Auto fahren, wenn ihnen ständig die neusten SUV-Automodelle schmackhaft gemacht werden? Wie sollen Menschen selbstverantwortlich handeln, wenn die Werbung jeden Tag versucht, sie vom Gegenteil zu überzeugen? Jedes Kind versteht, dass das nicht funktioniert. Klimaschutz zu betreiben und gleichzeitig klimaschädigende Werbung zu tolerieren, ist ein Widerspruch. Und an die Selbstverantwortung zu appellieren, während mit viel Geld versucht wird, die Menschen zu klimaschädigendem Verhalten anzustiften, ist heuchlerisch. Der Vorstoss, über den wir heute abstimmen, ist wichtig und richtig, und er nützt mehr als jeder Appell an das Individuum. Denn die letzten dreissig Jahre haben gezeigt, dass wir uns in der Klimapolitik mit Selbstverantwortung nur in eine Richtung bewegen, nämlich immer tiefer in die Klimakrise.

Nur hätte der Vorstoss – und ab jetzt spreche ich im Namen der JUSO – weiter gehen können. Nicht nur klimaschädigende Werbung ist ein Problem, sondern auch Werbung für Konsumgüter und absurde Dienstleistungen. Werbung ist generell ein Problem, weil Firmen damit Produkte verkaufen können, für die es ansonsten keine Nachfrage gäbe. Firmen produzieren viel zu viel, wir haben eine Situation der Überproduktion. Werbung ist generell ein Problem, weil damit Menschen angestiftet werden, Dinge zu kaufen, die sie nicht brauchen. So wird der Kauf- und Konsumwahn vorangetrieben. Die Menschen – und das zeigt die Glücksforschung sehr eindrücklich – werden durch den Konsum nicht glücklicher. Werbung ist generell ein Problem, weil wir mit der Überproduktion und dem Konsumwahn immer tiefer in die ökologische Krise stürzen. Die sozialen und ökologischen Folgen sind verheerend. Und doch diskutieren wir lediglich über ein Postulat, also einen recht harmlosen Prüfungsauftrag. Und weil uns dieser Vorstoss zu wenig weit geht, hat die JUSO an der letzten Stadtratssitzung einen weiteren Vorstoss eingereicht, um die Konsumwerbung generell aus der Stadt Biel zu verbannen. Dem vorliegenden Vorstoss wird sie aber selbstverständlich zustimmen.

Zumstein Joël, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Mit der vorliegenden Motion wird eine Einschränkung von Werbung im öffentlichen Raum verlangt. Diese Forderung darf und kann nicht befürwortet werden, auch nicht für den Klimaschutz. Das Gegenteil von gut ist eben gut gemeint. Der Gemeinderat legte in seiner Antwort die juristischen Möglichkeiten ausführlich dar und kommt zum Schluss, dass ein solches Verbot verfassungswidrig ist. Offen bleibt die Möglichkeit von Auflagen oder Einschränkungen bei klimaschädlichen Werbeinhalten. Aber auch diese abgeschwächte Version eines Verbots ist nicht sinnvoll. Stellen wir uns vor, dass in der Stadt Biel Plakatwerbung für Flugreisen verboten würde.

Die erste ganz grundsätzliche Frage ist, wie wirkungsvoll Plakatwerbung heute überhaupt noch ist. Digitale Werbung auf Websites oder in den sozialen Medien wird zunehmend zu einer grossen Konkurrenz und gewinnt an Stellenwert, zumal sie genau an die Personen gerichtet wird, die davon beeinflusst werden. Diese Werbung müsste man auch einschränken, aber das ist ja anscheinend hier nicht das Thema.

Die zweite Frage ist, wer der hier Anwesenden jemals aufgrund der Werbung einen Flug gebucht hat. Also, ich nicht. Eher sind es doch die schönen Strandbilder, Berglandschaften oder Skylines einer Grossstadt, die wirken. Dann lautet aber die Frage, wo wir die Grenze ziehen. Verboten wir grundsätzlich alle Bilder ausser denen vom Bielersee, weil damit ja auch Flugreisen beworben werden? Dann müsste die Werbung grundsätzlich verboten werden – und das geht definitiv zu weit.

Drittens stellt sich die Frage, welche Auswirkungen die Einschränkungen überhaupt hätten, um deren Einführung zu rechtfertigen. Auswirkungen hätten wir dann, wenn angebotene Flugreisen und -verbindungen gestrichen würden, zum Beispiel die Hälfte der Flüge von Zürich nach Miami. Von den rund fünfzigtausend Menschen in Biel fliegt ein Bruchteil, wovon sich wiederum ein Bruchteil von Plakatwerbung beeinflussen lässt, und ein Bruchteil davon würde effektiv nicht fliegen, weil es keine Plakate mehr gibt.

Es müssen also sehr viele Annahmen getroffen werden, um eine Wirksamkeit auch nur zu vermuten. Daher ist auch die Wirkung des Vorstosses infrage zu stellen. Die beispielhaften Überlegungen und Fragen zeigen, welch absurdes Denken notwendig ist, um einen solchen Eingriff gutheissen zu können. Aber auch wenn wir noch einen Schritt weiter gehen und sagen: «Nützt nichts, so schadet nichts», ist das falsch. Die städtische Verwaltung musste den Vorstoss bearbeiten, wofür sie Arbeitsstunden und Computer brauchte. Das ergibt auch einen CO₂-Ausstoss mit negativen Auswirkungen. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen kommt zum Schluss, dass gemäss Vorschlag des Gemeinderates die Motion in ein Postulat umgewandelt werden soll. Zusätzlich **beantragt die Fraktion SVP/Die Eidgenossen aber die Abschreibung des Postulats**, da die Prüfung erfolgt ist mit dem Fazit, dass die Massnahme nicht sinnvoll ist.

Wendling Cécile, Fraktion FDP: Die Fraktion FDP folgt den Ausführungen des Gemeinderats insbesondere zur Verhältnismässigkeitsprüfung, und ich möchte daraus wie folgt zitieren: *«... muss vorliegend aufgrund der fraglichen Erforderlichkeit des Werbeverbots davon ausgegangen werden, dass das mit der Motion geforderte Verbot im Sinne der erwähnten Ausführungen als nicht verhältnismässig und damit bundesrechtswidrig beurteilt werden muss. Dies gilt umso mehr, als der Wirtschaftsfreiheit nicht bloss die Rolle eines Grundrechts zukommt, sondern sie ebenso einen staatsrechtlichen Aspekt enthält»*. Konsequenterweise lehnt es die Fraktion FDP auch ab, dass der Gemeinderat im Rahmen von Konzessionsverträgen Auflagen bezüglich Werbeinhalten prüft, und sie lehnt die Motion insgesamt ab.

Brunner Thomas, EVP: Ich bin froh, dass die EVP-Wählerschaft mündig genug ist, Werbung selbst beurteilen zu können, und solche Verbote nicht braucht. Ich glaube, niemand braucht solche Verbote.

Scheuss Urs, Grüne: Zuerst wollte ich eigentlich nur auf das etwas kritische Votum der SP/JUSO-Fraktion reagieren, aber jetzt kann ich auch auf die anderen Voten eingehen. Zusammenfassend sagen SVP und auch EVP, dass Werbung ja eigentlich keine Wirkung hat. Dann könnte man aber den öffentlichen Raum für etwas Sinnvolleres als für Werbung brauchen. Offenbar hat die Werbung eben doch eine Wirkung, weil es sonst auch keine Unternehmen gäbe, die damit Geld machen. Noch ein Detail: Die Mitarbeitenden in Biel arbeiten zu 100% mit Strom aus erneuerbarer Energie. Zur Erinnerung: Wir sind aus der Atomkraft ausgestiegen, und Strom in Biel ist zu 100% erneuerbar.

Zum Vorschlag des Gemeinderats gibt es eine Vorgeschichte. Ursprünglich lancierten die Grünen auf nationaler Ebene einen analogen Vorstoss und bekamen vom Bundesrat zur Antwort, dass dies nicht auf nationaler Ebene geregelt werden kann, da die Gemeinden dafür zuständig sind. Davon ausgehend entstand die Idee, das Verbot im städtischen Plakatierungsreglement zu verankern. Zuerst waren wir enttäuscht ob

der juristischen Begründung des Gemeinderates und seines Arguments, dass es zuerst einen Grundsatzentscheid des Bundesgerichts brauche. Wir fragten uns, ob der Gemeinderat nicht den Mut hat, einen solchen Grundsatzentscheid herbeizuführen. Im letzten Absatz seiner Antwort schlägt der Gemeinderat aber eine bessere Lösung vor, nämlich die Regelung über die Konzession. Denn mit einer Konzession kann die Stadt direkte Auflagen machen. Dies ist besser, als allgemeine Vorgaben in einem Reglement festzuschreiben, die dann erst noch umgesetzt werden müssen. Und wir haben bereits eine entsprechende Erfahrung in Biel mit der Auflage, dass Werbung zweisprachig sein muss. Wir möchten nun eine zweite sinnvolle Auflage hinzufügen, dass besonders klimaschädliche Werbung oder Werbung für besonders klimaschädigende Dienstleistungen oder Produkte verboten wird. Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort, dass er dieses Anliegen bei der nächsten Konzessionserneuerung aufnehmen wird, und wir begrüssen dieses Vorgehen. Wir unterstützen also den Antrag des Gemeinderats und danken für die Unterstützung.

Gugger Reto, BDP: Wie können wir uns anmassen, zu sagen, welche Werbung erlaubt sein soll und welche nicht? Das hängt immer vom persönlichen Befinden ab, und jede der sechzig Personen in diesem Saal hat ein anderes Weltbild. Wie traurig wäre die Welt für die vielen Angestellten der Allgemeinen Plakatgesellschaft (APG), die nicht mehr arbeiten und ihre Existenz sichern könnten, weil sie keine Plakate mehr kleben können. Heute verbieten wir Werbung für SUV und Flugreisen. Was verbieten wir morgen? Die Migros darf nicht mehr für Bananen werben und das Gurtenfestival nicht mehr für seine Konzerte, da die Stars ja alle mit Tonnen von Material aus Übersee herreisen? Wir sind doch nicht in einem Land der Verbote, sondern in einem Land, in dem die Menschen vernünftig genug sein sollten, um selbst einschätzen zu können, was sie kaufen wollen und was nicht. Und wenn sie das nicht können, so muss das mit Anreizen gesteuert werden, aber ganz sicher nicht mit Verboten. Deshalb schliesse ich mich heute der SVP-Fraktion an und beantrage, den Vorstoss erheblich zu erklären und gleich abzuschreiben.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Die Diskussion zeigt, wo die Herausforderung bei diesem Vorstoss liegt, auch wenn man das Anliegen grundsätzlich versteht und unterstützt. Beim Reklamereglement handelt es sich um ein Planerlassverfahren, das alle Mitwirkungsmöglichkeiten vorsieht: öffentliche Mitwirkung, Vorprüfung, Auflagen. Es ist ein sehr langwieriger Prozess, und das Risiko ist hoch, nicht auf Zustimmung zu stossen, weil es sich um einen Eingriff in die Grundrechte handelt. Und die drei Kriterien der Eignung, Erforderlichkeit und Interessenabwägung gelten immer bei Eingriffen in Grundrechte, auch wenn es um die Frage des Klimaschutzes geht.

Herr Scheuss verwies zu Recht auf das Thema Zweisprachigkeit. Heute liegt ein Vorprüfungsbericht vom Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) zur Verankerung der Zweisprachigkeit im Reklamereglement vor, die ebenfalls einem Grundrechtseingriff entspricht. Der Vorprüfungsbericht sagt klar, dass ein solcher Eingriff nur ausnahmsweise möglich ist, weil die bernische Kantonsverfassung das Thema Zweisprachigkeit explizit aufnimmt. Es ist aber einfacher, bei den Konzessionen anzusetzen, da dort Vertragsfreiheit besteht. Diese geht nicht so weit wie die Vertragsfreiheit zwischen Privaten; da die öffentliche Hand beteiligt ist, muss auch die rechtsgleiche Behandlung gewährleistet werden. Aber es ist der direktere Weg zur Umsetzung des Anliegens des Vorstosses, da hier die Gestaltungsfreiheit grösser ist – analog zum Baurecht, das auch zulässt, dass gewisse Punkte nicht in der

baurechtlichen Grundordnung, sondern im zivilrechtlichen Baurechtsvertrag geregelt werden. Im zivilrechtlichen Vertrag besteht mehr Spielraum als in einer öffentlich-rechtlichen Regelung.

Der Vergleich mit der Tabakwerbung ist etwas komplizierter. In der Tat fehlt dazu ein Grundsatzurteil des Bundesgerichts, und es kann darüber diskutiert werden, wer ein solches provozieren sollte. Aber Tabakwerbung ist relativ klar eingrenzbar, trotz neuen Formen des Tabakkonsums wie beispielsweise der E-Zigarette. Dies ist bei klimaschädlicher Werbung weniger der Fall. Flugreisen sind zwar noch relativ klar qualifizierbar, aber theoretisch könnte bei sehr vielen anderen Produkten und Dienstleistungen ebenfalls Klimaschädlichkeit geltend gemacht werden, aber der Interpretationsspielraum ist sehr gross. Dies lässt vermuten, dass es zu sehr vielen Einzelverfahren kommen würde, was wohl auch nicht zielführend wäre.

Deshalb ist es sicher richtig, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und im Rahmen der Konzessionen zu prüfen, was unter dem Titel der Rechtsgleichheit umgesetzt werden kann.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Wir stimmen zuerst darüber ab, ob die Motion in ein Postulat umgewandelt werden soll, und danach, ob es abgeschrieben werden soll.

Abstimmungen

- über den Antrag des Gemeinderates, die Motion 20190211 als Postulat zu überweisen

Der Antrag wird angenommen.

- über den Antrag von Herrn Zumstein, das Postulat 20190211 als erfüllt abzuschreiben

Der Antrag wird angenommen, das Postulat wird als erfüllt abgeschrieben.

48. Postulat 20190213, Roth Myriam, Fraktion Grüne, «Die Benutzung einer nachhaltigen Suchmaschine bei der Stadtverwaltung Biel fördern»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 2)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Roth Myriam, au nom du Groupe Les Verts: Je suis déçue de voir que même de si petits gestes ne sont apparemment pas réalisables. Il est vrai que parfois le moteur de recherche «Ecosia» ne trouve pas tout, mais est-ce si fatigant de prendre trois à quatre secondes pour le retaper sur Google? Ne serait-il vraiment pas possible de prendre quelques minutes pour expliquer au personnel de la Ville ce qu'est «Ecosia» et

pourquoi c'est bien de l'avoir comme moteur de recherche principal? La Ville de Bienne fait des efforts, des changements, revendique avoir des labels – mais si même un acte aussi minime est de trop, je ne comprends plus. Le postulat ne demande pas que ce moteur de recherche soit obligatoire, mais il pourrait devenir un standard. Pour ces raisons-là, je vous demande de ne pas radier notre postulat du rôle.

Scherrer Martin, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Das Postulat zeigt, auf welchen Weg sich die linke Ratsseite begeben hat. Alles muss vorgeschrieben werden: was die Leute machen dürfen, wie man werben darf, wie die Leute in der Stadtverwaltung arbeiten und welche Suchmaschinen sie dazu verwenden dürfen. Ein solcher Eingriff liegt nicht in der Kompetenz des Stadtrates, nicht einmal in der Kompetenz des Gemeinderates. Die Leute, die in dieser Stadt arbeiten, arbeiten selbstständig, und sie sollen gefälligst frei sein in der Wahl ihrer Suchmaschinen. Es geht auch nicht an, eine bestimmte Firma zu subventionieren. Würde man zum Beispiel den Giganten Google als Suchmaschine wählen, würden Sie es nicht so toll finden. Ich habe die Plattform Ecosia etwas angeschaut, und bereits ihre Zählmethode scheint mir fragwürdig zu sein. Es gibt eine Art Sekundenzähler, und für jede Sekunde wird ein Baum gepflanzt. Ich bezweifle, ob das wirklich realitätsnah ist. Aber das Wichtigste ist, dass Sie die Mitarbeitenden dieser Stadt ihre Aufgaben erfüllen und arbeiten lassen, wie es ihnen am besten passt. Der Gemeinderat hat seine Aufgabe erfüllt. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen beantragt die **Ablehnung** dieses Postulats.

de Maddalena Daniela, Grüne: Die Suchmaschine Ecosia stellt Geld zur Verfügung, um Bäume zu pflanzen. Das ist eine sinnvolle Sache. Es geht auch nicht darum, dass nun alle Mitarbeitenden der Stadtverwaltung gezwungen werden, mit Ecosia zu arbeiten, sondern nur darum, ihnen diese Suchmaschine zur Verfügung zu stellen. Danach steht es jedem Einzelnen frei, wieder auf Google zurückzuwechseln. Ziel des Vorstosses ist es, die Suchmaschine in der Stadtverwaltung Biel einzurichten und damit Hand zu bieten, dass es unserer Umwelt ein kleines bisschen besser geht. Das würde uns gut anstehen.

Stocker Julien, GLP: Der Vorstoss regte mich beim ersten Durchlesen auf. Nicht etwa wegen der Postulantin des Vorstosses und nicht einmal wegen des Gemeinderats. (*Lachen im Saal*) Nein, ich regte mich als regelmässiger Ecosia-Nutzer und bekennender Fan über mich selbst auf, dass ich nicht selbst den Vorstoss eingereicht hatte. Der Gemeinderat argumentiert in seiner Antwort damit, dass die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung ihre Suchmaschinen selbst wählen dürfen. Das finde ich auch richtig. Aber in der heutigen Zeit und mit dem heutigen Wissen über den Klimawandel müsste die nachhaltige Lösung eigentlich die Standardvariante sein. Alleine im Monat Dezember 2019 spendete Ecosia 2 Mio. Euro für Baumpflanzprojekte. Mit diesem Geld werden Projekte auf der ganzen Welt realisiert. Warum sollten wir das Geld, das wir mit unseren Suchanfragen generieren, einfach Bing oder Google schenken, wenn wir doch etwas Tolles damit realisieren können?

Ich bitte Sie, dem Vorstoss zuzustimmen und ihn nicht abzuschreiben. Die Umstellung kostet wahrscheinlich weder Geld, noch ist sie mit Aufwand verbunden, da sie mit zwei Klicks erfolgen kann. Ich habe erfahren, dass Ecosia Universitäten und Unternehmen bei der Einrichtung der Suchmaschine sogar hilft. Anzumerken ist noch, dass es hier lediglich um ein Postulat geht. Lassen wir also die Verwaltung abklären, wie und unter

welchen Voraussetzungen eine Umstellung auf Ecosia möglich wäre. Und schliesslich bleibt den Mitarbeitenden immer noch die Wahlmöglichkeit.

Steidle Silvia, directrice des finances: Ce postulat a un grand avantage. Il fait de la publicité pour «Ecosia», ce qui, à n'en pas douter, était l'un des objectifs de la postulante. Je dirais que vous avez bien fait, Madame Roth, car votre objectif est atteint. Si quelqu'un ne connaissait pas ce moteur de recherche – et je l'avoue, c'était mon cas – nul ne peut dorénavant ignorer son existence. Certains l'ont certainement mis dans leurs favoris depuis, et il est bien qu'il en soit ainsi. C'est un choix personnel et il faut qu'il le reste. Je suis persuadée que l'on atteint l'objectif recherché en promouvant ce type de projet et non en l'imposant.

Cependant, Monsieur Stocker, Madame Roth, j'aimerais aussi utiliser votre postulat pour expliquer qu'en matière de politique énergétique, nous ne tergiversons pas à la Ville de Bienne. En matière informatique, notamment, nous suivons les principes de la «Société à 2000 watts» et nous contribuons également à atteindre le label «Cité de l'énergie». Ce sont des objectifs que nous suivons très rigoureusement. Pour exemple, les outils informatiques doivent répondre aux critères éthiques, écologiques et être à faible consommation d'énergie. Nous agissons concrètement, ce qui peut peut-être vous rassurer si vous êtes quelque peu insatisfaits de la réponse donnée par le Conseil municipal.

Abstimmungen

- über den Antrag von Frau Roth, das Postulat erheblich zu erklären

Der Antrag wird angenommen.

- über den Antrag des Gemeinderates, das Postulat abzuschreiben

Der Antrag wird angenommen, das Postulat wird somit abgeschrieben.

49. Motion 20190212, Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Leistungsverträge zeitlich begrenzen!»

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 3)

Der Gemeinderat beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Der Gemeinderat schliesst regelmässig Leistungsverträge mit kulturellen Institutionen ab und gibt dafür jährlich rund CHF 9 Mio. aus. Einige dieser Institutionen sind bereits seit vielen Jahren Nutzniesser von städtischen Subventionen. Es ist mittlerweile zur Gewohnheit geworden, dass die Stadt immer mehr Subventionsempfänger unterstützt und dafür sogar das Budget immer mehr erhöht. Umgekehrt haben die Empfänger keinen Anreiz, selbst nach Einnahmequellen zu suchen, da das Geld der Stadt ja regelmässig ohne grossen Aufwand kommt. Der Vorstoss der Fraktion SVP/Die Eidgenossen verlangt

deshalb einen Systemwechsel und die Einführung eines Turnussystems. So sollen Leistungsverträge künftig nur noch zweimal hintereinander verlängert werden können und danach für eine bestimmte Periode aussetzen.

Die Antwort des Gemeinderates hat mich erstaunt. Er sagt nämlich, dass es ohne städtische Subventionen in Biel keine Kultur mehr geben würde. Für die Stadtregierung ist wohl nur das Kultur, was vom Steuerzahler alimentiert wird. Alles andere hat für sie keinen Wert. Der Gemeinderat vergisst aber, dass mit unserem Vorschlag der Geldhahn nicht von heute auf morgen zugezogen wird. Wer einen Vertrag mit der Stadt abschliesst, kennt die Bedingungen, und jede Institution hat genug Zeit, sich zu organisieren und Sponsoren und Gönner zu suchen. Schliesslich erhalten die Empfänger immerhin während acht bis zwölf Jahren städtische Subventionen. Nach dieser Zeitspanne sollte es machbar sein, mindestens vier Jahre überbrücken zu können. Der Vorteil eines Turnussystems wäre aber auch, dass Vereine zum Zug kommen, die heute keine Subventionen erhalten. Kultur soll ja für alle sein und nicht nur für wenige. Darum wäre es richtig, dass Kultursubventionen nicht nur einem erlauchten Kreis, sondern auch anderen Kulturinstitutionen offenstehen, ohne dass das Kulturbudget dafür erhöht werden muss.

Die Finanzen der Stadt Biel sind nicht rosig, aber der Gemeinderat verhält sich immer noch so, als ob die Stadt Jahr für Jahr mehr Geld ausgeben könnte. Der heutige Schuldenberg von rund CHF 815 Mio. interessiert ihn wahrscheinlich auch nicht mehr so sehr. Mit seinem lapidaren «Nein, das geht nicht» müssen wir davon ausgehen, dass der Gemeinderat den Vorstoss gar nicht richtig angeschaut hat. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen hält aber an der Forderung fest und **beantragt, den Vorstoss erheblich zu erklären**. Sie wäre aber bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

de Maddalena Daniela, Fraktion Grüne: Liebe Frau Schneider, waren Sie schon einmal in Florenz, Venedig oder Paris? Ist es, weil man dort auch eine Bratwurst, ein Stück Brot oder ein Bier kaufen kann? Oder ist es nicht vielmehr die Kultur? Kunst wie bildende Kunst, Architektur, Literatur, Theater, Musik, Tanz? Es sind diese Dinge, die Menschen anlocken, ihnen Freude bereiten und Identität geben. Kultur schafft Identität, Identifikation. Was wäre New York ohne das Museum of Modern Art, Paris ohne den Louvre oder den Eiffelturm? Ja, das sind Metropolen, das ist nicht Biel/Bienne. Aber es spielen überall dieselben Mechanismen. Kultur zieht kultivierte Menschen an, denen sie es wert ist, dahin zu reisen und dort zu wohnen, wo Kultur stattfindet. Kultur ist Identifikation und für ein soziales Gebilde unverzichtbar, denn sie schafft es, Menschen zusammenzubringen – zum Beispiel Sie und mich. Kultur ist der Ausdruck von Kreativität. Ohne diesen Antrieb, kreativ zu sein, zu erforschen, zu erfinden, zu hinterfragen, wäre der Mensch in seiner Entwicklung nicht viel weiter als die Neandertaler.

Hinterfragen, das machen Künstlerinnen und Künstler aller Sparten täglich. Ich bin Künstlerin, ich weiss das. Das ist ab und zu unbequem, sehr sogar, ich gebe es zu. Wie einfach wäre doch unsere kleine Welt, wenn alles schwarz-weiss wäre. Aber wie langweilig wäre sie, und wie schnell würde damit eine Gesellschaft den Anschluss an die grosse Welt verpassen? Ohne die Kultur der kritischen Hinterfragung würde unsere Gesellschaft verarmen. Nicht nur seelisch und geistig, auch intellektuell. Und nicht zuletzt auch wirtschaftlich. Unbequeme Fragerinnen und Kritikerinnen machen sich meist nicht sehr beliebt in Kreisen, die nicht fähig sind, einen Schritt nach hinten zu

machen und Dinge mit einer gewissen Distanz kritisch zu betrachten, zu hinterleuchten, um sie dann mutig zu verändern. Grosse Künstler, Architekten, Schriftstellerinnen, Musikerinnen, Schauspieler, Sängerinnen wurden nicht als solche geboren. Sie mussten erst die Chance erhalten, ihr Können unter Beweis zu stellen. Dies war nur möglich, indem sie gefördert wurden und ihnen die Möglichkeit gegeben wurde, ihre Arbeit in einem Forum zu präsentieren. Und nicht nur ihnen. Denn wer weiss schon im Voraus, wer es einmal schaffen wird? Und Förderung, die kostet. Weshalb soll der Staat oder ein Kanton das kulturelle Schaffen fördern? Wozu sollen Künstler meist ein Leben lang in ihrer Arbeit unterstützt werden, wozu sollen Orte wie Theater, Museen, Konzertsäle, Bibliotheken usw. finanziell unterstützt werden? Weil sie einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass eine Gesellschaft immer wieder neu gedacht wird. Damit kritische Denkerinnen unbequeme Fragen stellen und provozieren können. Dazu brauchen sie aber Foren wie Museen, Theater, Konzertsäle – auch in Biel/Bienne. Was passieren würde, wenn die Unterstützung unterbrochen würde, ist wohl den meisten hier im Saal klar. Die Institutionen würden es nicht überleben. Die Kunstschaffenden könnten ihr Schaffen nicht mehr präsentieren. Damit würden sie kantonale, nationale und internationale nicht mehr wahrgenommen. Biel würde erst zu einer kulturellen und dann zu einer intellektuellen Einöde. Denn wo kritisch hinterfragt wird, werden auch kreative Lösungen gesucht und umgesetzt. Ein Ort, in dem die Kultur nicht gepflegt wird, wird mittelfristig den wirtschaftlichen Anschluss verpassen.

Die Fraktion der Grünen folgt dem Gemeinderat und bittet Sie, aus den von ihm genannten Gründen die Motion als nicht erheblich zu erklären. Ich mache jetzt noch einen Nachtrag, weil mir das als Künstlerin wichtig ist: Wie Sie wissen, ist auch die Visarte Biel/Bienne (Berufsverband der visuellen Kunstschaffenden) auf die wiederkehrende Unterstützung durch die Leistungsverträge angewiesen. Damit wird zu einem grossen Teil das seit Jahren beliebte, bekannte und gut besuchte Kunstfestival «Au joli mois de mai» unterstützt. Dafür danken mit mir alle visuellen Künstlerinnen und Künstler und auch die Besucherinnen und Besucher des Festivals ganz herzlich. Damit Sie sich überzeugen können, dass dieses Geld gut angelegt ist und kreativ-kritische Köpfe am Werk sind, lade ich Sie zusammen mit der Visarte Biel/Bienne ein, am 1. Mai die Eröffnungsausstellung in der «Alten Krone» zu besuchen. Zu Ehren des gesamten Stadtrates und des Gemeinderates werden Künstlerinnen und Künstler alle hier anwesenden Politikerinnen und Politiker porträtieren. Diese Arbeiten werden am 1. Mai, dem First Friday, in der «Krone» ausgestellt. Zu gegebener Zeit werden Sie eine persönliche Einladung erhalten. Es würde mich sehr freuen, wenn Sie diese Gelegenheit nutzen, um sich zu überzeugen, dass das Geld an das gesamte Kulturschaffen der Stadt Biel sinnvoll angelegt ist.

Vlaiculescu-Graf Christiane, au nom du Groupe PSR: Comme vous le savez, la culture, la formation et les prestations à la population font partie des priorités du PSR. Nous voulons une culture accessible pour toutes et tous qui soit un vrai service et avec un financement public. Pour rappel, les subventions permettent d'assurer que la culture soit abordable pour toutes et tous et non pas élitaire. À noter encore que les institutions sélectionnées par le Canton doivent répondre à un certain nombre d'exigences fixées dans les contrats de prestations. Ces exigences doivent être remplies et sont contrôlées. Comme le dit le Conseil municipal dans sa réponse pour laquelle nous le remercions, les institutions culturelles remplissent une fonction sociale et culturelle indispensable à la Ville de Bienne et à sa population. La motion débattue ce soir ayant pour conséquence la disparition inéluctable des institutions concernées devrait être en

fait intitulée: «La culture nous n'en voulons pas, détruisons-la!». Le Groupe PSR ne peut que soutenir le rejet de cette motion et vous recommande de suivre la proposition du Conseil municipal.

Tennenbaum Ruth, Fraktion Einfach libres!: Bei einer solchen Motion stehen mir die Haare zu Berg. Es tut mir leid, Frau Schneider, aber da habe ich wirklich kein Verständnis. Wenn ich mir vorstelle, was das in der Realität heissen würde, dann würde ich schnellstens meine Koffer packen, mich hier abmelden und einen neuen Wohnsitz suchen, in dem ein kulturelles Angebot zur Verfügung steht, das seines Namens würdig ist. Abgesehen davon, dass der ganze Vorstoss gesetzeswidrig wäre, wenn er umgesetzt würde. Man muss sich konkret vorstellen, was das heissen würde. Dann wäre die Stadt Biel alles andere als lebenswert – und ich könnte nur allen empfehlen, hier wegzuziehen.

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Ich weiss nicht, was hinter dieser Motion steht. Will die Motionärin unsere Kulturinstitutionen zerstören? Sollte die Motion angenommen werden, könnten Leistungsverträge höchstens zweimal verlängert werden. Das würde für eine Stadtbibliothek bedeuten, dass sie stillgelegt werden müsste. Das Gleiche gilt für das Theater Orchester Biel Solothurn (TOBS) und andere Kulturinstitutionen. Ist das der Systemwechsel, nämlich das «Abmurksen» von Kulturinstitutionen? Frau Schneider findet es eine Nichtbeachtung des Volkswillens, wenn die Begrenzung der Löhne der Gemeinderäte nur im Reglement festgeschrieben wird und nicht in der Stadtordnung. Wie verhält sich das nun bei diesem Vorstoss mit dem Volkswillen? Die Bieler Bevölkerung hat den Kulturvorlagen erst kürzlich mit grossem Mehr zugestimmt. Frau Schneider missachtet also mit ihrer Motion den Volkswillen. Mir scheint, dass bei dieser Motion einfach die Kultur fehlt. Natürlich unterstützt die Fraktion SP/JUSO diese Motion nicht und will sie wie der Gemeinderat als nicht erheblich erklären.

Leuenberger Bernhard, Fraktion FDP: Um es gleich vorwegzunehmen: Die Fraktion FDP unterstützt den Gemeinderat vollumfänglich. Liebe Freunde aus der SVP, Sie greifen – und das ist Ihr gutes Recht, man darf alles hinterfragen – ein Thema auf, das durchaus einer Überlegung wert ist. Aber der Weg, den Sie vorschlagen, geht einfach nicht. Die Kulturinstitutionen – und namentlich solche, die für unser gesellschaftliches Leben von enorm hoher Bedeutung sind – hätten überhaupt keine Planungs- und Rechtssicherheit mehr. Das führt, wie es der Gemeinderat richtigerweise darlegt, unweigerlich zu deren Zerstörung. Wenn Sie über Kultur sprechen wollen und über Subventionen, dann sollte ein anderer Ansatz gewählt werden. Dann müssten wir konsequenter sein bei einzelnen Vergabungen, die wir vielleicht manchmal etwas zu unkritisch gutheissen. Wir können durchaus hinterfragen, ob es richtig ist, dass diese oder jene Institutionen Subventionen erhalten. Wir können darüber diskutieren und demokratisch abstimmen. Aber der Kahlschlag, den Sie vorsehen, geht uns entschieden zu weit. Der Gemeinderat hat in seiner Antwort alles gesagt, was gesagt werden muss, und die Fraktion FDP unterstützt ihn.

Augsburger-Brom Dana, SP: Es ist langsam spät, und wir haben alle den Kopf voll, aber ich möchte daran erinnern, dass Leistungsverträge keine Subventionen sind. Mit Leistungsverträgen werden Dienstleistungen eingekauft und nicht einfach Gelder ausgegeben. Es geht um Dienstleistungen und Angebote, die wir für unsere Stadt haben möchten. Ansonsten müssten diese von der Stadt organisiert werden, denn wir

wollen ja ein Angebot, das ist Service public. Im Leistungsvertrag wird abgemacht, wie viel das kostet, was man einkaufen möchte. Will man ein Angebot langfristig beziehen, dann macht man langfristige Verträge. Es ist daher also gar nicht möglich, diese kurzfristig auszurichten, denn die Institutionen müssen langfristig planen können.

Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport: Kultur braucht Geld. Das ist kein Tabu. Das ist klar. Die Frage ist: Woher kommt das Geld? Quiconque s'intéresse à l'histoire constate que l'argent pour la culture est venu des mécènes, c'est-à-dire de gens qui étaient riches ou puissants ou, souvent, les deux. *La Joconde* et de nombreuses œuvres ont pu apparaître dans l'histoire grâce à ce système qui était celui des privilégiés qui pouvaient choisir quelle culture existe ou n'existe pas. Les temps ont changé, et nous sommes aujourd'hui dans le système de la démocratie. Lorsqu'on entre dans ce système, on soutient la culture démocratiquement. Ce n'est pas Monsieur Blocher, par exemple, qui choisit quel artiste il soutient parce qu'il est puissant et riche. Nous avons la «main publique» – comme disent les germanophones – qui soutient l'encouragement à la culture de manière plus large. Ce changement de système existe depuis des siècles en Europe et le Conseil municipal pense qu'il a fait ses preuves. Aux USA, ce n'est pas la même chose. Il existe encore des mécènes ou des entreprises qui peuvent choisir quels domaines culturels sont soutenus.

Le Conseil municipal propose de ne pas sortir du système que l'on connaît en Suisse. Il faut préciser qu'il n'y a pas que la culture subventionnée qui est de la culture. Il y a énormément de cultures qui n'ont pas besoin de subventions. Toutefois, certains domaines culturels doivent être subventionnés pour ne pas entrer dans un système de culture commerciale. La politique de soutien à la culture de la Ville de Bienne consiste à avoir un soutien démocratique et plus large, notamment pour les domaines culturels qui ne sont pas attractifs du point de vue commercial. Ce système a fait ses preuves puisque notre richesse culturelle est remarquable, qu'elle soit subventionnée ou non. Le Conseil municipal vous propose donc de rejeter cette motion.

Abstimmung

- über den Antrag des Gemeinderates, die Motion 20190212 nicht erheblich zu erklären

Der Antrag wird angenommen.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Wir fahren morgen weiter mit der Botschaft zur Sanierung des Schulhauses Dufour West. Ich wünsche Ihnen allen eine gute Nacht.

Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 23:13 Uhr / heures

Der Stadtratspräsident / Le président du Conseil de ville:

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident

Die Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Protokoll:

Meister Katrin

Flückiger Rita

Procès-verbal:

Kirchhof Claire-Lise

Pinto Bernardino Floriane